

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in Klauen erhältlich

**Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen.**  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

9. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 28. Januar 1933 Nummer 24

## Betriebsräte rufen zum Massentstreik!

**Die Dresdner Betriebsräte nahmen Stellung zum Blutbad im Reglerheim und beschlossen verstärkte antifaschistische Offensive für die proletarische Kampfeinheit in den Betrieben, auf den Stempelstellen und in den Gewerkschaftsorganisationen!**

Dresden, 28. Januar 1933.

Gestern Abend tagte im Eldorado eine von 57 Betriebsräten Dresdner Betriebe und 61 weiteren Belegschaftsvertretern bestehende Betriebsräteversammlung, die zum Blutbad vom vergangenen Mittwoch Stellung nahm und die an die Gesamtarbeiterklasse den Appell zum Massentstreik als Antwort auf das Polizeimassaker und faschistischen Terror aufrief.

Anwesend waren 55 Betriebe auf dieser Versammlung vertreten. Von den anwesenden Betriebsrätevertretern waren 39 parteilich, 8 SPD, 4 KPD und 2 SAP. 35 Kollegen waren gewerkschaftlich organisiert; 10 waren aus den Gewerkschaften ausgeschlossen.

In der Betriebsräteversammlung, in welcher der gewerkschaftliche Betriebsrat Kollege Fabian referierte, kam immer wieder die ungeheure Empörung über die Ermordung der neun Dresdner Arbeiter zum Ausdruck. Alle Belegschaftsvertreter,

alle Betriebsräte, die in der Diskussion auftraten, berichteten von der Kampfeslust der Arbeiter.

Besonderen Beifall rief die Erklärung eines Betriebsratsmitgliedes des Bauwerkes hervor, daß die Arbeiterklasse nur im organisierten Massenkampf und in der roten Einheitsfront den Sieg über die faschistischen Terroristen erringen kann. Im gleichen Sinne versicherten alle übrigen Diskussionsredner, die Belegschaften und die Gesamtarbeiterklasse zu Kampfbereitschaft, zum Massentstreik gegen den blutigen faschistischen Terror und gegen alle Attentate der faschistischen Reaktion zu mobilisieren.

In diesem Sinne gelangte auch nachstehender Aufruf und ein besonderer Appell an alle Gewerkschaftsorganisationen zur Annahme, in welchem zur proletarischen Kampfeinheit aufgerufen wird.

**An alle Betriebsräte!  
An alle Gewerkschaftsfunktionäre!  
An alle organisierten und unorganisierten Arbeiter!  
Kollegen und Kolleginnen!**

Die am 27. Januar versammelten Dresdner Betriebsräte erblickten in dem unter ihren Klassenbrüdern angerichteten Blutbad eine unerhörte Provokation der Gesamtarbeiterklasse. Sie betrachteten das ungeheuerliche Massaker der Polizei als eine bewusste Maßnahme zur Verschärfung der faschistischen Diktatur, zur Terrorisierung und Niederschlagung der Arbeiterklasse.

Die von Augenzeugen und auch von bürgerlichen Zeitungen getroffenen Feststellungen über den Feuerüberfall auf die im Reglerheim versammelten Arbeiter entwarfen den schamlosen Schwindel, daß Arbeiter auf die Polizei geschossen hätten.

Zug und Trug ist es, von einem Angriff der Arbeiter auf die Polizei zu reden.

Nichts widerlegt diese Behauptung deutlicher, als die Zeichnung unserer Klassenbrüder und die klaffenden Wunden der in großer Zahl in das Krankenhaus geschickten Arbeiter.

### Kampfruf Dresdner Betriebsräte an die Gewerkschaftskollegen und Gewerkschaftsorganisationen (siehe Seite 2 dieses Blattes)

Die von Augenzeugen und auch von bürgerlichen Zeitungen getroffenen Feststellungen über den Feuerüberfall auf die im Reglerheim versammelten Arbeiter entwarfen den schamlosen Schwindel, daß Arbeiter auf die Polizei geschossen hätten.

Zug und Trug ist es, von einem Angriff der Arbeiter auf die Polizei zu reden.

Nichts widerlegt diese Behauptung deutlicher, als die Zeichnung unserer Klassenbrüder und die klaffenden Wunden der in großer Zahl in das Krankenhaus geschickten Arbeiter.

Zug und Trug ist es, von einem Angriff der Arbeiter auf die Polizei zu reden.

Nichts widerlegt diese Behauptung deutlicher, als die Zeichnung unserer Klassenbrüder und die klaffenden Wunden der in großer Zahl in das Krankenhaus geschickten Arbeiter.

Zug und Trug ist es, von einem Angriff der Arbeiter auf die Polizei zu reden.

terklasse, als einen Akt der faschistischen Konterrevolution gegen den von den Arbeitermassen entfalteten Kampf gegen Lohnabbau, Unterdrückung, und Kenteurab und die Ausbeutung des Dresdner Massenmerbes.

Die Feuerjalousen gegen friedlich versammelte Arbeiter und Arbeiterinnen legen allen Arbeitern ganz klar, daß die Bourgeoisie durch eine noch blutigere Unterdrückung der Arbeiter ihre verschärfte Maßnahmen durchsetzen will.

Diese Feuerjalousen mahnen die Arbeiterklasse in den Betrieben, auf den Stempelstellen und in den Gewerkschaften und allen anderen proletarischen Organisationen, allen daranzuziehen, die proletarische Kampfeinheit herzustellen zum antifaschistischen Massenkampf, zum Kampf gegen die Schleicherdiktatur und ihre Stützen!

Die erschossenen und verwundeten Kollegen ermahnen die gesamte Dresdner Arbeiterklasse, die proletarische Einheitsfront zu schließen. Die Betriebsrätekonferenz fordert die gesamte Arbeiterklasse auf, überall den Kampf zu organisieren:

- Für die Entlassung und Bekräftigung der schuldigen Polizeibeamten!
- Für die sofortige Aufhebung des Verbotes von Demonstrationen und Kundgebungen unter freiem Himmel.
- Für die sofortige Freigabe der Leichen der erschossenen Arbeiter!
- Für die unverzügliche Freilassung der verhafteten Arbeiter!

### Nüttgerstwerte im Proteststreik

Die Belegschaft des Nüttgerstwerkes in Dohna hat in einer gestern stattgefundenen Belegschaftsversammlung für heute mittag den Proteststreik gegen die Ermordung der neun Dresdner Arbeiter beschlossen. Die Belegschaft beschloß weiter, für die Opfer der Hinterbliebenen am kommenden Montag einen Stundenlohn an die rote Hilfe abzugeben.

Die Belegschaft des Nüttgerstwerkes „Dachstein“, Dresden, beschloß einen Proteststreik am Tage der Beerdigung und die Entsendung einer Delegation.

Weitere Protestresolutionen liegen aus einer ungeschätzten großen Zahl von Betrieben aus Dresden und auch aus dem Reich vor.

Die Betriebsräte fordern die Kollegen in allen Betrieben auf, am Tage der Beerdigung einmütig in den Massentstreik zu treten.

Die Arbeiterklasse muß den gesamten Massentstreik durch die kämpfende Einheitsfront zeigen, daß sie gewillt ist, Schicksal zu machen mit faschistischem Terror, mit Knüttel und Unterdrückung.

Heraus zur geschlossenen Beteiligung aller Betriebsbelegschaften, der Stempelstellen, Gewerkschaftsorganisationen und aller übrigen Massenorganisationen der Arbeiter an der Beerdigung der Blutopfer der Polizei.

Nehmt Stellung in jedem Betrieb und an jeder Stempelstelle!

Gewerkschaftsfollegen, ihr besonders trägt vor der Arbeiterklasse keine große Verantwortung! Sorgt dafür, daß die in unseren Organisationen zusammengeschlossene Kraft entgegensteht dem Kampf gegen den Faschismus, die Terrorherrschaft gegen die Arbeiterklasse, für die Forderungen, die die Betriebsrätekonferenz einstimmig beschloß hat.

In der Sache unserer gemordeten Klassenbrüder rufen wir euch zu:

- Seht Schicksal mit dem faschistischen Terror, mit der blutigen Unterdrückung des Proletariats!
- Schließt die Einheitsfront zur Verteidigung der Lebensinteressen der Arbeitermassen!
- Heraus zum schärfsten Massenkampf gegen den weißen Terror!

### Protestdemonstration in Bautzen

Als Antwort auf den Polizeiterror an den erschossenen Arbeitern in der Dresdner Versammlung demonstrierten am Donnerstagabend Hunderte von Bautzener Arbeitern. Die Stimmung unter allen Arbeitern ist eine gewaltige Empörung gegen das Dresdner Polizeimassaker. Während des Marsches schloßen sich noch zahlreiche Arbeiter an.

### Verhaftungen in Leuben

Am Freitagabend gegen 10 Uhr wurden in Leuben acht Kameraden des Kampfbandes gegen den Faschismus verhaftet, weil sie in Sprechbüchern zum Beschluß der Leubener Protestversammlung aufgerufen hatten. Sie wurden von der Polizei mit Gewalt zum Kessel der abgeführt.

**Dresdner Arbeitermassen heraus in proletarischer Kampfeinheit zum gewaltigen Massenprotest, zur**

## Massenkundgebung der KPD

**gegen Faschismus und weißen Terror, gegen das unerhörte Blutbad im Reglerheim, für Massenkampf gegen weißen Terror am Sonntag, dem 29. Januar 1933, vormittags um 10 Uhr, im Zirkus Sarrasani**  
Es spricht Genosse Selbmann, Führer der sächsischen Kommunisten . KPD Groß-Dresden



# Kampfruf der Betriebsräte an Gewerkschaftskollegen und -Organisationen!

An den Ortsauschuß des ADGB  
An alle Ortsverwaltungen der freien Gewerkschaften  
An alle Mitglieder der freien Gewerkschaften  
Werte Kollegen!

Die am 17. Januar versammelten Dresdner Betriebsräte haben Stellung genommen zu dem unerhörten Blutbad, zur Erschießung von zehn Dresdner Arbeitern, zu dem Mordfall, das schändliche Element der Dresdner Polizei in einer Verleumdung angeklagt haben. Die auf der Betriebsrätekonferenz versammelten Kollegen ohne Unterschied der Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit erleben in dem blutigen Mordfall ein aufschreckendes, bewußtsetztes Verbrechen eines unerhörten Verstoßes gegen die Menschlichkeit.

Die Betriebsräte haben darum beschlossen, an die Arbeiter aller Betriebe, die Gewerkschaften aller Stempelstellen den Appell zu richten, den trotz vorstehenden schändlichen Reaktionen die proletarische Kampfeinheit entgegenzusetzen. Die Betriebsräte erklären, daß die Frage des Kampfes gegen den Faschismus, unter dessen Wortmäulen allein in diesem Jahre bereits eine große Zahl freigezwungener Kollegen ihr Leben lassen mußten, eine Lebensfrage der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ist.

Die Kollegen Betriebsräte haben einstimmig beschlossen, den Kampf für folgende Forderungen zu organisieren:

Für die sofortige Aufhebung des Verbotes von Demonstrationen und Kundgebungen unter freiem Himmel!

Für die Entlassung und Bestrafung der schuldigen Polizeibeamten!

Für die sofortige Freilassung der Verletzten des erschossenen Arbeiters!

Für die unverzügliche Freilassung der verhafteten Arbeiter!  
Für die Unterstützung der Forderungen der kommunistischen Landtags- und Stadtratsfraktionen!

Die Betriebsräteversammlung hat den weiteren einstimmig beschlossen, die gesamte Arbeiterschaft Dresdens aufzufordern,

am Tage der Beerdigung der gemeinsamen Arbeitsskollegen in allen Betrieben in den Massenstreik einzutreten!

Die Betriebsräte appellieren an alle Arbeiter, insbesondere an die gewerkschaftlich organisierten Kollegen, durch den Massenstreik und die geschlossene Beteiligung der Betriebe, Stempelstellen und Gewerkschaftsorganisationen an der Beerdigung ihrer Kameraden der gesamten schändlichen Reaktion zu zeigen, daß die Arbeiterklasse in dem schändlichen Massenmord durch die Herrschaft einer proletarischen Einheitsfront ein Ende zu machen.

Die Betriebsräteversammlung appelliert in dieser Stunde an alle massenbewußten Gewerkschaftskollegen, sich mit ihrer ganzen Kraft für die Erfüllung der nachstehenden Forderungen einzusetzen. Was am Mittwoch im Reiterheim passiert ist, kann morgen übermorgen in jeder Gewerkschaftsversammlung passieren!

Kollegen! Organisiert sofort in jedem Betrieb Mitarbeiterversammlungen der freien Gewerkschaften! Nehmt Stellung in diesen Versammlungen zu den Forderungen der Betriebsräte! Schließt euch den Forderungen der Betriebsräteversammlung an und helfe rechtzeitig mit, die gesamte Arbeiterschaft zur Durchsetzung dieser Forderungen der Betriebsräte zu mobilisieren!

Schließt mit der Kampfeinheit im Betrieb, auf der Stempelstelle und in den Gewerkschaftsorganisationen! Dann wird der schändliche Terror an der kämpfenden Einheitsfront gescheitert! Dann ist Schluss mit dem schändlichen Mord!

## Gieg der Einheitsliste im Reemtsma-Tabaklager

Die im Reemtsma-Tabaklager stattgefundenen Betriebsräte- und Gewerkschaftswahlen brachten einen Erfolg für die Einheitsliste. So erhielten die Einheitslisten (in Klammern die Stimmen von 1931):

|                  |           |
|------------------|-----------|
| Einheitsliste    | 59 (79)   |
| Verbandsliste    | 51 (71)   |
| Wahlberechtigter | 115 (200) |

Seit der Wahl 1931 wurden auch im Tabaklager viele oppositionelle Kollegen entlassen und die Reemtsma-Tabaklager abgebeten. Trotzdem erhöhte sich der Prozentanteil der für die Einheitsliste abgegebenen Stimmen von 32,6 auf 51,3 Prozent.

In der Zeit der Wahl stattgefundenen Betriebsräte- und Gewerkschaftswahlen wurden auch im Tabaklager viele oppositionelle Kollegen entlassen und die Reemtsma-Tabaklager abgebeten. Trotzdem erhöhte sich der Prozentanteil der für die Einheitsliste abgegebenen Stimmen von 32,6 auf 51,3 Prozent.

## Gieg der Einheitsliste bei Blohm & Rohn

Auf der großen Hamburger Werft Blohm & Rohn fand am 26. Januar die Betriebsrätewahl statt. Seit 1931, wo die letzte Wahl stattfand, ist die Wahlteilnahme von 4409 auf 5316 gestiegen. An der letzten Wahl beteiligten sich 1944 Mann, was 70 Prozent der Belegschaft. Das Resultat ist folgendes (in Klammern die Stimmen von 1931):

|                   |                                 |
|-------------------|---------------------------------|
| Einheitsliste     | 935 Stimmen (1332), 7 (8) Sitze |
| Verbandsliste     | 775 Stimmen (1503), 5 (9) Sitze |
| Stahlfabrik-Liste | 164 Stimmen (258), 1 (1) Sitz   |

Die Wahl teilte sich in 258 Stimmen. In diesem Jahre konnten sie keine eigene Liste einreichen, die Stimmen für die als Stahlfabrikliste eingereichte Liste.

Die Einheitsliste hat die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten, der prozentuale Stimmenanteil der Einheitsliste betrug 40 auf 51 Prozent, der der reformistischen Liste 48 auf 48 Prozent. Auch der prozentuale Stimmenanteil der Reformisten ist gesunken.

## Gieg der Einheitsliste bei Tich, Berlin

Berlin, 27. Januar. (Eig. Drahtbericht)

Gestern fanden die Betriebsrätewahlen im Tich-Konzern statt. Die Einheitsliste der Arbeiter erzielte einen glänzenden Sieg. Sie erhielt die Mehrheit aller Stimmen. Von 1392 Wahlberechtigten wurden 1108 Stimmen abgegeben, 69 waren unglücklich.

|               |      |      |
|---------------|------|------|
|               | 1933 | 1932 |
| Einheitsliste | 573  | 609  |
| Reformisten   | 536  | 734  |

Die Einheitsliste erhielt 6 Sitze im Arbeitererrat, die Reformisten erhielten 5 Sitze. Bisher standen im Arbeitererrat 7 Reformisten 5 Vertretern der Einheitsliste gegenüber. Die Betriebsräteauswahl werden heute ausgeführt.

## Die Beerdigung der Dresdner Blutopfer

findet, wie wir nach Redaktionschluss erfahren, am Dienstag 15 Uhr auf dem Johannisfriedhof in Tollesch statt.

# Massenkampf gegen Schleicher, gegen Papen und gegen Hitler!

Am Dienstag Reichstagsführung. Die Differenzen im bürgerlichen Lager verschärft. Weitere Reichstagsvertagung, Reichstagsauflösung oder Papen-Hitler-Regierung. Arbeiter in Einheitsfront Massenkampf gegen den Faschismus!

Der Reichsrat, der Freitag 15 Uhr zusammentritt, beschloß nach einer ganz kurzen Aussprache, daß der Reichstag am kommenden Dienstag, dem 11. Januar, 15 Uhr, zusammentreten soll, um die Regierungserklärung entgegenzunehmen. Die Debatte über die Regierungserklärung soll am Mittwoch 14 Uhr beginnen. Voraussichtlich wird die Aussprache mindestens zwei Tage dauern, falls nicht der Reichstag schon vorzeitig ein Ende findet.

Für die kommunistische Fraktion stellte der Genosse Torgler erneut den Antrag, ohne Regierungserklärung und ohne eine politische Aussprache sofort in die Abstimmung über das kommunistische Notwendigkeitsgesetz einzutreten. Genosse Torgler begründete diesen Antrag damit, daß sonst die Möglichkeit besteht, daß die Parteien, die am Hinausschieben der Entscheidung ein Interesse hätten, versuchen würden, nach während der Beratung eine Unterbrechung der Sitzungen herbeizuführen, um dadurch der Entscheidung auszuweichen. Der kommunistische Antrag wurde von allen anderen Parteien von Nazis, Deutschnationalen, Zentrum bis zur SPD abgelehnt.

So offenbar die Kapitalpartei, die Papen und dann Schleicher tolerierte und jetzt mit Hugenberg Arm in Arm marschiert, so offenbar auch die Sozialdemokratie, die unter „oppositioneller“ Maske Schleicher als Heiliger Hebel ebenfalls tolerierte und sich wie Leibarzt für Zusammenarbeit mit Schleicher erklärte, daß die Geschäfte des Kapitals drohen. Die Reichsregierung ließ durch den Staatssekretär Pland erklären, daß sie nichts zu erklären habe.

Hinter den Kulissen haben weitere Vorgespräche zwischen den Deutschnationalen und der Hitlerpartei und am Freitag zwischen Hugenberg und dem Zentrumsführer Kaas stattgefunden; getuschelt wurde über die Bildung einer neuen Regierung der Nazis und Deutschnationalen, seien toleriert vom Zentrum. Als Kanzler ist von den Deutschnationalen Papen in Aussicht genommen, während die NSDAP die Kanzlerschaft für Hitler verlangt.

Alle diese Nachrichten, Gerüchte, Kombinationen, Pläne, fesseln die wertvollen Differenzen zwischen den kapitalistischen Gruppen und Parteien. Die Differenzen zwischen den Kapitalgruppen gehen um den Anteil an den Profitten;

der Streik der Parteien und Kreise der Bourgeoisie dreht sich um den Einfluß im kapitalistischen Staatsapparat, um die Methoden zur Unterdrückung der Arbeitermassen und zur weiteren Entfaltung der kapitalistischen Diktatur.

Ob die Bourgeoisie die weitere Entfaltung der kapitalistischen Diktatur durch Schleicher, „soziale“ Mandat und drakonische Maßnahmen durchzuführen sucht, ob wieder Papen die sozialreaktionären, faschistischen Kurs mit Nebenpartei „Nationalistische Bewegung“ fortsetzt oder gar Hitler der kapitalistische Terroranstrenger wird — die Arbeiterklasse verfährt in geschlossenen Reihen den Sturm gegen den Faschismus.

In den Betrieben und Stempelstellen, Arbeitervortretern in allen die Entscheidungen gegen den Faschismus, für Brot, Arbeit, Freiheit und Sozialismus!

## Wir enthüllen die unverschämte Hetze der Bourgeoisie!

# Kein Arbeiter hat geschossen!

Dresden, 18. Januar.

Die gesamte bürgerliche Presse Deutschlands, angefangen von den braunen Terrororganen der Nazis bis zu den sozialistischen Zeitungen, vom Freiheitskampf bis zur Dresdner Volkszeitung, entfaltet eine wilde Hetzkampagne mit der Behauptung, daß im Regierheim Arbeiter auf die Polizei geschossen hätten.

Diese infame Verleumdung richtet sich nicht so sehr allein gegen die Verleumdungsbefehle, als vor allem gegen die kommunistische Partei, die der Bourgeoisie in dem Maße immer gefährlicher wird, wie es ihr gelingt, die kämpfende Einheitsfront aller Arbeiter herzustellen. So ist eine Tatsache, daß das Vertrauen der Arbeiter zur NSD wächst, daß sie in immer härteren Maße zur Führerin aller Kämpfe des Proletariats und der ausgebeuteten Werktätigen wird. Und das ist die große Gefahr für die Bourgeoisie und ihre Stützen, die immer mehr werden. Deshalb die unverschämte Hetze, die Handhaben zum Verbot unleserlicher Partei und damit zu noch mehr verschärften Angriffen auf die gesamte Arbeiterschaft geben soll.

Die nachstehenden Tatsachen widerlegen die lächerliche Behauptung, daß von den Versammlungsbefehlshauern auf die Polizei geschossen worden sei. Der Innenminister der reaktionären Reichsregierung führte in seiner Rede am Saale der schändlichen Elemente in der Polizei aus, daß von der Galerie her Schüsse, Mäher, Stühle usw. auf die Polizei gemworfen worden seien und daß von der Galerie aus geschossen worden wäre. Diese Behauptungen wurden auch im Polizeibericht aufgestellt. Wir stellen demgegenüber das

### Zeugnis des Wries und Reiners vom Regierheim

Wie die Duhende Tatsachenberichte von Augenzeugen, die Überzeugung erklären, daß von den Arbeitern nicht geschossen wurde: Sie erklären weiter, daß von der Galerie überhaupt nicht mit Gläsern geworfen worden sein kann; weil dort nicht ein einziges Glas Bier bestellt wurde. Der Ober hat überhaupt nichts zur Galerie gebracht!

Eogar der Polizeibericht muß zugeben, daß Sprechende sofort nach der Bekanntgabe der Auflösung zur Ruhe mahnten, während im gleichen Atemzuge behauptet wird, daß Gegenstände auf die Polizei gemworfen wurden.

Wir stellen ausdrücklich fest, daß es einfach eine Unmöglichkeit ist, daß wenn Arbeiter wirklich geschossen hätten, kein einziger Verletzte auch nur eine Schramme davongetragen hätte. Das glaubt doch kein Mensch. Trotz der Hetze müssen doch hin und wieder leidliche bürgerliche Zeitungen viele staren und einseitigen Tatsachen zugeben. So schreibt das „Volks-Kronblatt“ von gestern:

„Andererseits haben offenbar auch die Polizeibeamten, die die Unruhestörer überwachten, die Herzen verloren; denn selbst nach der Darstellung, die der jüdische Innenminister gestern im Landtag gab, sind wir nicht ganz davon überzeugt, daß wirklich aus dem Publikum zuerst geschossen worden ist. Was sein, daß man nachher ein paar Patronenhülsen unbekannt Herkunft gefunden hat, — aber es ist doch merkwürdig, daß neun Versammlungsteilnehmer getötet und eiserne Stühle zertrümmert worden sind, während von den Polizisten nicht ein einziger auch nur eine Schramme erhalten hat.“

Das ist deutlich! Man will eine ganze Anzahl Patronenhülsen gefunden haben, die nicht von Polizeibeamten kamen. — Der Saal aber war eine ganze Zeitlang gesperrt und die proletarische Öffentlichkeit hatte nicht die Möglichkeit, nach zu sehen, wie viele Patronenhülsen dort hingelassen sein können.

Gestern waren einige

### Vertreter der kommunistischen Landtagsfraktion im Regierheim

am nach der Freigabe des Saales die Tatbestände aufzunehmen. In ihrem Bericht heißt es:

„Von den Vertretern der Fraktion wurde festgestellt, daß die Einheitslisten der Polizeihäuser sich übermäßig dort befinden, was der Ausgang von der Tribüne ist. Dort haben die Wachen sich allen Einheiten nach dem Verlassen der Tribüne gestellt. Dort wurde dann hineingeschossen, dort haben sie ihre Empo-

runge zum Ausdruck gebracht und das ist dann allem Anschein nach von der Polizei mit dem massenhaften Abfeuern beantwortet worden.“

Es ist nicht festzustellen, daß Schüsse in der Richtung des Saales abgegeben wurden.

Es befinden sich dort einige abgefeuerte Patronen, die aber keineswegs Einheitslisten sind, während die Einheitslisten der Polizei in der Richtung auf die Versammlungsbefehlshauer abgefeuert sind.

Wie wir erfahren, sollen in einigen Stühlen Schüsse gefunden sein, die bemessen sollen, daß die Schüsse von oben gefeuert wären. Diese Stühle sind beschlagnahmt worden. Es ist aber nicht festzustellen, daß bei dem Tumult Stühle umgeworfen sind und daß die Richtung auf die Polizeibeamten lag. Es ist nicht festzustellen, daß die beschlagnahmten Stühle in der Richtung auf die Polizei abgefeuert wurden. Es ist nicht festzustellen, daß die beschlagnahmten Stühle in der Richtung auf die Polizei abgefeuert wurden. Es ist nicht festzustellen, daß die beschlagnahmten Stühle in der Richtung auf die Polizei abgefeuert wurden.

Weder der Wirt noch sonst jemand vom Regierheim hat gesehen, daß von den Versammlungsbefehlshauern geschossen worden ist.“

Wir werden am Montag noch eine Reihe wichtiger Zeugnisse und Behauptungen bringen, die ebenso klar und eindeutig zeigen, daß von Arbeitern geschossen worden ist. Proletarische gerichtete Hetze anprangern, rufen wir alle Mitglieder zur Verteidigung ihrer Partei vor den Angriffen der Bourgeoisie auf.

Schert euch lieber um eure Partei! Schließt in den Betrieben, an den Stempelstellen, in allen Arbeitervortretern, in allen Einheitsfronten gegen weißen Terror und schändlichen Mord! Schließt am Tage der Beerdigung der Opfer der Faschisten! Schließt in der antifaschistischen Sturmarmee der proletarischen Revolution an die Lebensinteressen der gesamten Arbeiterschaft!

Un  
Neu

Der Welt

Genoss St

in dem die re

internationale

genannt, daß die

Nachdem die

haben. Will de

auch die Umwa

die Auspländ

auf die Lage

bereits lobende

Machtspielen u

ein hervorheben

imperialistischen

Das Proble

setzt in der fo

Zusammenhang

der Philipp

Staaten, wurde

die Befürchtung

demnach durc

klar, daß der a

den Philippinen

viel mehr die

Kolonie der

„Kolonie“-erklär

sanftem Judentu

kehr non-philipp

verbünden will

lamte Wirtschaft

Betriebe und Be

stimmungen, sonder

lippen durch

Appten durch

Amegion der P

den ungeheuren

Verkehr des S

Japan ist da

des Stilles Oze

Kanonen zu e

perialismus mit

Front. Es ist d

ihren Kolonialm

japanischen Kri

wird. Nach der K

riege erhielt Ja

Marlanen-

jaar in der Jor

kommenhang mit

mus, durch die A

lichen Mächte in

suchen, wird pl

ausgeworfen, wa

Cacan abziehen i

Die dieser Frage

forderung nach

Jetzt bedau

es heimlich

Planen- und

legung des Wa

japanische Reg

„Acht übertrieb

erhalten haben, o

unterliegt sich

Staaten verpfl

linien-Jahr ge

bestreiten, so er

klärung der japa

schreibende S

Stillen Ozean

Wir das ist

Michael

Tschumandts

D

Arth

Und

Opferstift

ellen verhand

prämiiert wor

keine Vorsicht

verstauchungen

— da kam Opo

richtung nannte

wunderbar gese

los den widerpen

Ober zum Bel

Differenzialre

hätten räumten

engernmt —

ein Liedlein

nach

muhte, was er

bewußt. Er gab

für so lange K

licher in sein G

Wir alle sind

schon. Dieser Phil

reden, mit den g

ausgedreitet, in d

über Einzigkeit

ihrem ein solches

hätte ein solches

besten Abstellu

bes. Kämpfers

das er, Andrej

den, von welchen



slifte im  
Koffler  
...  
slifte bei  
Koffler  
...  
bei Tieg, Berlin  
...  
ligung  
Kutopfer  
...  
fen!

# Auf der Tagesordnung: Neuanteilung der Kolonien

Der Weltkrieg nähert sich mit Riesenschritten

Genosse Stalin hat im Jahre 1925 als ein Hauptmerkmal, in dem die relative Stabilisierung des Kapitalismus in den internationalen Beziehungen zum Ausdruck kam, die Tatsache bezeichnet, daß sich die imperialistischen Mächte zeitweilig über die Neuanteilung in die Ausbeutung ihrer Kolonien verständigt haben. Mit dem Ende der kapitalistischen Stabilisierung sind auch die Abmachungen der imperialistischen Mächte, die sich auf die Neuanteilung der Kolonien bezogen, erloschen, und die Frage der Neuanteilung der Kolonien wird immer offener auf die Tagesordnung gestellt. Diese Tatsache ist neben dem bereits laufenden Krieg im Fernen Osten und den imperialistischen Machtkämpfen um die Vormachtstellung in Mittel- und Ostasien ein hervorragendes Merkmal für das Herannahen des neuen imperialistischen Weltkrieges.

Das Problem der Neuanteilung der Kolonien wird jetzt bereits in der kapitalistischen Presse ganz offen diskutiert. Im Zusammenhang mit der formalen „Unabhängigkeitserklärung“ der Philippinen durch das Parlament der Vereinigten Staaten, wurde von der amerikanischen Regierung ungewollt die Befürchtung ausgesprochen, daß diese amerikanische Kolonie demnach durch Japan annektiert werden könnte. Es ist klar, daß der amerikanische Imperialismus nicht daran denkt, die Philippinen wirklich unabhängig zu machen. Viel mehr bleiben die Philippinen nach wie vor eine Kolonie der Vereinigten Staaten. Die formale „Unabhängigkeitserklärung“ erfolgte ausschließlich auf den Druck des amerikanischen Judentums, der durch dieses Geheiß die politische Einfuhr von philippinischem Zucker nach den Vereinigten Staaten verhindern will. In Wirklichkeit aber bleiben nicht nur die gesamte Wirtschaft, sämtliche Kohlenquellen, alle ausschlaggebenden Betriebe und Verkehrswege in der Hand des amerikanischen Kapitalismus, sondern auch die militärische Besetzung der Philippinen durch amerikanische Truppen wird nach wie vor aufrechterhalten. Die Philippinen durch Japan besetzt, so jetzt das den ungeheuren Grad der Zulassung des Kampfes um die Weltbeherrschung des Stillen Ozeans.

Japan ist daran gegangen, die Frage „Wer soll Beherrscher des Stillen Ozeans sein?“ in China mit den Mitteln der Kanonen zu entscheiden. Und nun beginnt der amerikanische Imperialismus mit einer Gegenoffensive auf der ganzen Front. Es ist daher kein Zufall, wenn von Seiten des amerikanischen Kolonialministeriums plötzlich die Frage der sogenannten japanischen Völkerbundmandate im Stillen Ozean aufgeworfen wird. Nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im Weltkrieg erhielt Japan die ehemals im deutschen Besitz befindlichen Marianen- und Karolinen-Inseln zugewiesen, und zwar in der Form von „Mandaten“ des Völkerbundes. Im Zusammenhang mit den Verträgen des amerikanischen Imperialismus, durch die Kriegsschulden die europäischen imperialistischen Mächte in der Mandatsaufstellung auf seine Seite herüberzuziehen, wird plötzlich von der amerikanischen Presse die Frage aufgeworfen, was mit den Kolonialmandaten Japans im Stillen Ozean geschehen soll, falls Japan aus dem Völkerbund austritt. Mit dieser Fragestellung warf die amerikanische Bourgeoisie die Verantwortung nach der Neuanteilung der Kolonien auf.

Jetzt behauptet der amerikanische Imperialismus Japan, daß es heimlich Befestigungsanlagen auf den Marianen- und Karolinen-Inseln errichtet, die eine Verletzung des Washingtoner Abkommens darstellen. Die japanische Regierung erklärt zu diesen Behauptungen, sie wären „hoft übertrieben“, gibt jedoch zu, daß solche Befestigungen bestanden haben, obwohl sie tatsächlich im Washingtoner Abkommen unterliegt sind. Da sich in demselben Abkommen die Vereinigten Staaten verpflichtet haben, den in der Nachbarschaft der Karolinen-Inseln gelegenen amerikanischen Stützpunkt Guam nicht zu besetzen, so erhebt der amerikanische Imperialismus in der Behauptung der japanischen Stützpunkte im Stillen Ozean ein entscheidendes Bedenken seiner Vormachtstellung auf dem Stillen Ozean.

Es ist kein Zweifel mehr darüber, daß der Kampf

# Auf der Wacht für den Frieden!

Schlusswort des Genossen Molotow auf der Tagung des Zentralerekutivkomitees

Moskau, 27. Januar 1933

In seinem Schlusswort in der Sitzung des Zentralerekutivkomitees der Sowjetunion las Genosse Molotow die Ergebnisse der Diskussion über den Weltwirtschaftsplan zusammen. Der von der Regierung der Sowjetunion zur Beurteilung der Notwendigkeit vorgelegte Plan, erklärte Genosse Molotow, fand, wie die Diskussion zeigte, einstimmige Billigung. Genosse Molotow konstatierte, indem er auf die Debatte der Redner einging, eine Reihe profunder Aufgaben des Jahres 1933. Eine der Hauptaufgaben besteht in der Steigerung der Produktivität der Arbeit unter aktiver Teilnahme der Arbeiter selbst. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben in der neuen Technik, die gemeindefertig werden muß. Die Beherrschung der neuen Technik ist unbedingt möglich, denn dies liegt in den Händen der Sowjetmacht und der Werktätigen der Sowjetunion.

Am Schluß seiner Rede betonte Genosse Molotow kurz die internationale Lage der Sowjetunion. Es besteht kein Bedenken, erklärte er, neuerlich über die internationale Politik der Sowjetunion zu sprechen, denn sie wurde von den Diskussionsrednern reiflich gebilligt. Bei einer Gegenüberstellung unserer Wirtschaft der Wirtschaft der kapitalistischen Länder zeigen sich prägnant die Erfolge unserer internationalen Beziehungen. Diese Erfolge werden auch weiter wachsen, wenn wir unsere Wachstumsrate nicht abschwächen.

Wenn wir innerhalb des Landes nicht allein den nationalen Frieden, sondern auch die vollständige Freundschaft der in der Sowjetunion lebenden Nationen hergestellt haben, so verfahren wir in den kapitalistischen Ländern die nationalen Grenzen und die Gegensätze zwischen den Staaten immer mehr und machen sie bereits zum Kriege aus.

Genosse Molotow wies auf das jüngste un sinnige Auftreten des Demians Tarapadzi hin, mit seinem Vorhaben, die Ukraine von der Sowjetunion loszureißen und die Reichsmärsche der Ukraine dem ausländischen Kapital zur Ausbeutung zu überlassen. Genosse Molotow erklärte dazu: Erstens ist die Sowjetunion unerschütterlich, zweitens hat die Hande Stropodabits zu kurz, drittens könnte man über Stropodabits manches Unangenehme sagen, doch es lohnt sich nicht, die Zeit damit zu verlieren.

Die Sowjetunion hat im Laufe des ersten fünfjährigen Planes manches für die Wehrfähigkeit des Landes getan. Wir brauchen den Frieden für unseren sozialistischen Aufbau. Unsere Außenpolitik ist eine Friedenspolitik, die unerschütterlich ist von unserem sozialistischen Aufbau. Wir müssen jedoch wachsam sein und in jeder Weise für die Sicherung des Friedens kämpfen, nämlich für die Sowjetunion unter ihrem Volk.

# Die Wahlen in Irland

Wahltag De Valeras — Protest gegen imperialistische Unterdrückung

Dublin, 27. Januar. Die Ergebnisse der am Dienstag stattgefundenen Wahlen in Irlands Freistaat liegen zum großen Teil vor. Daraus ergibt sich ungewollt ein gewaltiger Erfolg der Partei De Valeras, der Partei der Unabhängigen, die eine glatte Mehrheit im neuen Parlament erringt hat. Nach den heute morgen vorliegenden Wahlergebnissen verteilen sich die Sitze im irischen Parlament folgendermaßen:

De Valeras 33 Sitze, Conservative (Wahl der englischen Imperialisten) 14, Unabhängige mit Arbeiterpartei (Sozialdemokraten) 16, Zentrumspartei 16. Die Wahlergebnisse für 43 Sitze liegen noch aus, jedoch dürften sie an dem Verhältnis nichts mehr ändern. Die revolutionären Arbeitergruppen konnten ihren Kandidaten Patrick J. Ryan nicht zum Wahlsieg aufstellen, obwohl sie genügend Wählerstimmen für ihn bereitgestellt hatten. Nach dem resultierenden Wahlergebnis wurden sie jedoch eine große Summe an Kandidaten stellen, die sie nicht aufbringen konnten.

Das Wahlergebnis im irischen Freistaat und der Sieg De Valeras hat ein Ausmaß der tiefen ant imperialistischen

Stimmung der werktätigen Massen Irlands. De Valera hatte während der Wahlkampagne versprochen, den lächerlichen Kampf gegen den britischen Imperialismus zu führen bis zur völligen Beendigung des irischen Freiheitskampfes aus dem britischen Weltreich. Die irischen Wähler sind bereit, die irische Bourgeoisie, deren Vertreter er ist, zu unterstützen, den nationalen Befreiungskampf des irischen Volkes zu führen. Die bisherige Politik De Valeras zeigt bereits, daß die irische Bourgeoisie bereit ist, auf den Schultern der werktätigen Massen jedes Kompromiß mit dem englischen Imperialismus abzuschließen, wobei es nur um den Anteil des Profites geht. Nur unter der Führung des Proletariats kann das irische Volk seine nationale Unabhängigkeit erkämpfen.

Die Einwohnerzahl von Dublin ist auf 200.000 gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich damit die Einwohnerzahl um weitere 20.000 erhöht.

Der Kampf zwischen den imperialistischen Mächten in unmittelbarer Nähe gerückt ist. Man muß die kapitalistische Presse in Deutschland verfolgen, um zu erkennen, wie der deutsche Imperialismus bei der Aufstellung der Kolonialfrage leidet auf dem Sprung steht, um an der Neuanteilung teilzunehmen. In demselben Augenblick, wo von Seiten Amerikas die Frage der ehemaligen deutschen Kolonien im Stillen Ozean gestellt wurde, erhebt sich auch sofort in der deutschen kapitalistischen Presse ein Klagenruf für die Rückgabe der Kolonien an Deutschland, und der deutsche Imperialismus bemüht sich förmlich, alles in den Kampf um die Kolonien mit einzugreifen. Der Ausbruch eines Krieges im Stillen Ozean würde deshalb den deutschen Imperialismus keineswegs als „neutrale Macht“ leben, sondern an der Seite einer der großen imperialistischen

Mächtegruppen, mit der Absicht, bei diesem neuen blutigen Raubzug nicht leer auszugehen. Deutsche Vertreter lassen ihr Blut vergießen, damit die Tschiwen, Dito Wokki, die Jid und Dulberg koloniale Kohlenfelder rauben und die besten Arbeitskräfte in den Kolonien ausbeuten können. Niemand in der Geschichte des Kapitalismus hat Kolonien „friedlich“ aufgestellt worden, stets erdrückt man ihren Volk blutiger Krieg. Wenn heute von den imperialistischen Mächten erneut um den Besitz der Kolonien gerungen wird, so müssen die Werktätigen wissen, daß dieser Kampf ihrer Ausbeuter für sie nichts anderes als ein neues Völkermord bedeuten kann. Die Arbeiter der kapitalistischen Länder müssen deshalb für ihre eigenen Interessen, wenn sie den nationalrevolutionären Befreiungskampf der Kolonialvölker mit allen Kräften unterstützen.

Michael Tschumandits Roman aus dem Russischen

## Der weiße Stein

Gäste kommen in großen Schiffen, Reithieße fallen auf die große Brücke, Und die Wägel fliehen vor den Fremden.

Mittel-Russisches Volkstied.

Opotshinski war ein ausgezeichneter Arbeiter, der sich auf alles verstand, beinahe war er bereits für seine Leistungen prämiert worden. Die Zeitungen brachten Berichte über ihn und seine Vorleistung zum Ankerbau des Traktors. Wenigstens Handverstandungen, Fingerbrüche, Schenkelverrenkungen hatte es gegeben. — Da kam Opotshinski mit seinem „Gitarre“, wie er seine Vorleistung nannte — und die schwersten Zeiten waren im Handumdrehen vergangen. Selbst ein kleines Mädchen kann jetzt mühelos den widerpenstigen Motor in Gang bringen.

Ober zum Beispiel die Geschichte mit dem Stangen der kleinen Differentialtriebäder. Die Werkstücke wurden entlockt, die Werkstätten räumten mit den Abfällen auf, alle Metallteile wurden ausgelesen — Spielend und leicht strömte aus den Werkstätten ein Treibrad nach dem andern. So fand die Sache, Opotshinski machte, was er meinte, und was dabei nicht wenig lehrte. Er gab sich nicht mit jedem ab, und wenn es nicht eine war, so lange keine gewesen wäre, hätte er sich mit diesem Stücken lieber in sein Gespräch eingelassen.

Wir alle sind schließlich nur Menschen... Was versteht er von dieser Philosophie. — Und Opotshinski begann sich sein ganzes Leben, mit den geringsten Kleinigkeiten, wie auf der Handfläche ausgebreitet, in die Erinnerung zurückzurufen. Er konnte sich nicht über Einzigkeit und Jarobshkeit beklagen. Nein, er hätte lieber ein solches Leben ausatmen können. Noch heute lag in der letzten Abteilung der Triebwerke ein Kuschelstück aus der „Stimme des Kämpfers“ mit der Berufsbezeichnung des Armeekommandos, das er, Andrej Opotshinski, ein Feld der proletarischen Revolution, von welchen Händen handschriftlich geschrieben worden ist.

Es kimmte schon, er war bei einem Aufklärungsritt in einem Hinterhalt geraten und hatte sich so lange gemehrt, bis alle seine Kameraden niedergeböhlt worden waren. Sie hatten ihn erschossen, vom Heilen Ufer in den Choper, der an dieser Unglücksfälle unumkehrbar mit ihm handgründigert und waren mit fröhlichen Liedern ins Dorf zurückgekehrt.

„Woh bringt man nicht so schnell um!“ rief Opotshinski zu ihnen, wenn er sich später erinnerte und es ihm eilig über den Rücken lief. „Woh schickt man nicht so leicht aus der Welt...“

Es fanden sich Jungen seiner Größe. Nach der Verteilung der Weihen lehrte die Genossen ihrem Abteilungsleiter ein Denkmal: eine mit roter Farbe angelegene Bank mit dem Namen ihres Kommandeurs, eine Bank unmittelbar am Abhang, wo in der Tiefe der Choper tolle. Offen gesagt, ein ganz bedeutendes Denkmal, eigentlich überhaupt kein Denkmal, wenn man die Sache ernsthaft betrachtet.

Und doch mußte sich Opotshinski das Schicksal verdienen, als er lange nachher, einige Monate später, völlig erkrankt und abgemagert, das Dorf und das Fischer aufsuchte und sich auf die Bank niederließ. Er las seinen Namen, las Datum und Monat... Und wenn er gemeint hätte, wäre das verdammerlich gewesen, obgleich er zu jenen gehörte, die sich nicht gleich ohne tiefere Ursache aufregen.

Er war niemals Mitglied der Partei gewesen. „Ich habe nicht schlechter als die andern gekämpft, ich habe mich nicht gekümmert, was brauche ich ein Parteibuch, das ich mancher Schatz zu verhaften verliert. — So dachte er, ohne zu bemerken, daß seine Freunde verdammt die Wägen aufstehen und dabei teil mit den Fingern auf den Tisch trammelten.

Opotshinski glaubte, war der letzte Überzeugung, daß er mit seinem Blut sich das unbestreitbare Recht erkauft habe, anders zu leben als die andern. Ihm schien, daß es seiner großen Würde bedürfte, um leicht dahinzuleben, ohne sich viel Gedanken zu machen, ohne das Bolajew zu küssen und den Kiemen zu lockern. Er wollte nur dafür die Verantwortung tragen, womit er selbst unabhängig einhergehen konnte.

Daher konnte Opotshinski, als er seinen Namen auf der Liste verlesen sah, die auf die Traktorenwerke in Stalingrad geschickt werden sollten, sofort zum Betriehsdat.

„Man hält mich wohl bereits für tot, daß man über mich, ohne mich erst zu fragen, verfügt?“

Er fragte so als ob er das Recht habe, von den andern nicht wort zu heischen. Er blinnte dem Vorstehenden des Betriebes kommissar aufmerksam ins Gesicht — Opotshinski konnte ihn schon jünger — aber jetzt betrachtete er ihn genau und sah sofort, wie müde und abgearbeitet er war, und wie höflich er eigentlich war. Ihn mit unruhigen Gespiächen zu quälen. Doch Opotshinski hielt auf seinen Ruf.

„Ich habe nicht schlechter als die andern gearbeitet, ich habe Anpruch auf Achtung, man muß mit solchen Leuten sorgfamer umgehen.“

Und er entfernte sich selbstbewußt. Nach Stalingrad fuhr er nicht.

Jetzt konnte Opotshinski gar nicht begreifen, was ihn eigentlich bewegen hatte, seine Zustimmung zu verweigern.

Der Abschied von Reiningrad, Familienverhältnisse, eine unbekannte Zukunft — nein, das waren keine Gründe für ihn. Solche Erklärungen waren nur für Friglinge und für betageltes Gebraut!

Opotshinski verließ den Zug auf der kleinen Station, deren Parade noch fast noch frischem Bauholz roch und dessen hellen Bretterwände, aus denen goldfarbener Holz auslief, in der Sonne blinkten. In den nächsten Tagen bekam er noch viele solcher Augenblicke zu Gesicht — die Stadt wurde taider als amerikanische Städte — aber in diesem Augenblick lehte den Städte nur offen die Kleinigkeit in Erbauern; denken Sie sich eine nagelne Bahnhofsparade, leichte Bretterwände, und aus dem Nigen eintritt Holz.

Opotshinski fragte etwas Holz ab, weitbete es in Gedanken neularen zwischen den Fingern und griff nach seinem Handteller. Sidelin näherte sich ihm. Andrej verprügte seine Luft mit ihm zu reden. Er schritt leicht und unbeschwert dem Steg entlang, dessen klaffende Bretter lebten, so daß hülflicher Schmutz aus den Nigen hervorbrang.

Stellenweise, unmittelbar am Steg wuchsen Birken. Aber was für Birken, einfach zum Verwundern: so klein und niedrig, ein dreijähriges Kind kann ihren Gipfel berühren. Nebenbei sah man hier viel Kinder. In der Ferne, an den grauen Abhängen des Berges leuchteten weiß, durch die spärlichen mächtigen Ästen hindurch, die Zelte, die vorläufig von Arbeiterhand gebaut waren.

(Fortsetzung folgt.)







# Bei den Verletzten im Krankenhaus

Zwei Mitglieder der Dresdner kommunistischen Stadtverordnetenfraktion, Genosse Pflanz und Genossin Gausauge, nahmen gestern Gelegenheit, die Opfer der Schießereien, die noch mit mehr oder weniger schweren Verletzungen im Friedrichshagen-Krankenhaus liegen, aufzusuchen und sich nach ihrem Befinden zu erkundigen. Das erste, was die Genossen feststellten, war, daß die Kriminalpolizei bereits in den frühen Morgenstunden Vernehmungen am Krankenbett durchgeführt hatte. Wegen dieser Methode, Vernehmungen dieser Art durchzuführen, muß entschieden werden, um so mehr, als ja selbst Mitgliedern der Stadtverordnetenfraktion nur nach vorheriger Anmeldung der Besuch der Verletzten ermöglicht und Pressevertreter überhaupt nicht zugelassen wurden.

In der Station 37, auf die die Genossen zuerst gingen, liegen die Genossin Schwarz und die Genossin Hantsch sowie die parteilose Arbeiterin Neumann.

Die Genossin Uta Schwarz hat einen schweren Schädelbruch. Vom Kopf bis zu den Hüften hat sie schwere Blutergüsse. Die Falten weisen blutige Schwellen auf, ebenso der Leib. Ein Bein weist darauf, daß sie geschlagen worden ist, und die Wunde bei der Kugel, die bei ihr ins Gelenk kam, über sie hinaus das Bein zu gefährden droht. Ihr Zustand wird noch für augenblicklich befriedigend gehalten. Ihre ersten Worte, als sie unsere Genossen erblickte, waren:

### „So hat mich die Polizei zugerichtet“

Sie ist sichtlich erregt, daß sie von uns besucht wird. Ihre Aufmerksamkeit an den Sieg der Arbeiter ist ungebrochen.

Die Genossin Hantsch, mit der wir uns dann unterhalten, hat eine Oberhosenverletzung. Diese ist ziemlich schwerer Natur. Die Hüfte ist völlig zerschlagen. Sie klagt über große Schmerzen. „Aber nur nicht verzweifeln“, so sagt sie uns. „Was ist schon der Schmerz des einzelnen, wenn es um die große Sache des Proletariats geht.“

Bei der parteilosen Arbeiterin Neumann. Sie liegt noch in bedenklichem Zustand. Unterhaltung mit ihr ist nicht möglich. Sie ist eine derjenigen, die als unbekannt eingestuft worden waren. Sie ist an Brust und Leib schwer verletzt und leidet offensichtlich große Schmerzen. Die Krankenwärterin verweigert uns über die Art der Verletzung die Auskunft. Trotz aller Schmerzen leidet ihr die Freude über unseren Besuch aus den Augen. Den Klammern nimmt sie mit zitternden Händen dankbar entgegen.

Unter nächster Besuch gilt dem Genossen Müller. Dieser hat einen Schädelbruch. Sein Befinden ist relativ gut. Er hat, ehe er angehoben wurde, schreitend, daß die Polizei nach ihm, der auf der Gasse lag, bewegte, mit dem Revolver zielt und ihn ohnmächtig macht, er, den der Kugel getroffen, zusammen.

Der Arbeiter Radziwin, den wir dann aufsuchen, hat einen Schädelbruch. Verletzungen ist ihm verboten, viel zu sprechen. Wahrscheinlich ist er körperlich besonders hart mitgenommen durch großen Blutverlust. Neben der Verletzung durch die Kriminalpolizei mußte sich dieser noch offenbar Schlägen durch die Polizei gefallen lassen. So war an demselben Tage eine Krankenwärterin bei ihm gewesen, um ihm die Mitteilung zu machen, daß die Fürsorge Räte während der Dauer der Krankheit für ihn nicht besteht. So muß als ein glatter Skandal bezeichnet werden, daß die Fürsorge selbst Schwerverletzte nicht in Ruhe läßt und sie noch mit wirtschaftlichen Sorgen belastet.

Genosse Kurlach, den wir als nächsten aufsuchen, hat Kopfverletzung. Er ist klar bei Sinnen. Seine Verletzung scheint leichteres Natur zu sein. Auch er erhielt den Schlag auf der Gasse. Seine

besondere Enttäuschung äußerte er nun gegenüber darüber, daß die Kriminalpolizei unbeschadet des Zustandes der Verletzten bereits im Krankenhaus Vernehmungen durchführt.

Der Jugendgenosse Schmidt hat Ober- und Unterarmverletzung. Er hat keine Verwundungen gleichfalls auf der Galerie erhalten. Als er vom Reglerheim abtransportiert wurde, war er ohnmächtig. Trotz seiner Verletzungen spricht er voll Janetschkeit von seiner baldigen Teilnahme an der Arbeiterbewegung.

Als letzten suchten wir den Genossen Reichardt auf. Er hat Zerschlagung von Nasen und Schenkel am linken Arm und mußte genötigt werden.

Besonders erschütternd ist die Tatsache, daß alle Verletzten ohne Ausnahme, auch die parteilosen Arbeiterinnen und Arbeiter, voller Aufmerksamkeit auf die Hilfe der Arbeiterstimme setzen. Mit einem festen Band der Solidarität — das gaben sie deutlich zu erkennen — hielten sie sich mit den Arbeitern in Betrieb, Werkstatt und Stempelzelle verbunden. Ihre Freude, daß die kommunistische Stadtverordnetenfraktion im Auftrag der KPD und der Kassen Hilfe für sie um die Kasse und nach ihrem Befinden erlaubte, konnte ihnen nicht mehr, die Verbindung mit ihren Angehörigen aufzunehmen und weitere Hilfe zu verschaffen, brachten sie in bewegten Worten gegenüber unseren Genossen zum Ausdruck.

Diese Kampfesgegenstände unserer verletzten Genossen, die wir hiermit den Arbeitern übermitteln, müssen für sie ein Aufruf sein, in ihrem Sinne die rote Klassenfront auszubauen, die Massenorganisationen des Proletariats, KPD und Rote Hilfe, zu stärken zum Kampf gegen schändliche Gewaltverbrechen.

## Kostenlose Bestattung der Opfer!

Eine Delegation der Dresdner kommunistischen Stadtverordnetenfraktion nahm am Freitag Gelegenheit, beim Oberbürgermeister der Stadt Dresden vorstellig zu werden und wegen der Bestattung der Todesopfer auf Kosten der Stadt zu verhandeln. Drei Punkte standen im Vordergrund:

1. Kostenlose Bestattung der Todesopfer durch die Stadt.
2. Kostenlose Behandlung der in den städtischen Krankenanstalten befindlichen Verletzten sowie der Verletzten, die den Arzt in Anspruch nehmen mußten.
3. Sicherung einer ausreichenden Unterbringung für die Hinterbliebenen.

Genosse Göbel, Schwarz und Genossin Hartmann begründeten die Forderungen. Das Ergebnis war eine Zusage in allen drei Punkten, soweit es die Wohlfahrts-Erwerbslosen anbetrifft, während für die übrigen die Bewilligung noch erfolgen soll.

Es ist in ihrem Sinne die rote Klassenfront auszubauen, die Massenorganisationen des Proletariats, KPD und Rote Hilfe, zu stärken zum Kampf gegen schändliche Gewaltverbrechen.

## Welcher Polizist hat zuerst geschossen?

Unsere letzten Mitteilungen, die wir von einer Reihe von Angehörigen höherer Verwaltungen kannten, waren wir bereits imstande, die Schuld der Polizei an dem Feuerüberfall im Reglerheim zu beweisen. Erstlich der Innenminister mußte bei den Verhandlungen im Schlichtungsausschuß zugestehen, daß die Polizeibeamten ohne Verzicht geschossen hätten. Dazu geben uns immer neue Einzelheiten zu.

Wie wir aus der Polizeifiliale Königsbrüder Straße (ehemalige Quartierkommandantur) erfahren, soll sich der Polizeibeamte Seidemann, der in Meier Kaserne wohnte und zu dem Kommando, das an diesem Abend die Festlichkeit im Reglerheim hatte, gehörte, damit gedrückt haben, daß er die ersten Schüsse abgegeben habe. Diese Tatsache hat selbst die ersten seiner Kameraden Empörung hervorgerufen. Dies um so mehr, als Seidemann

an sich von seinen Kameraden nicht gut beurteilt wird. Er wird als ein Polizist geschildert, der sich durch Schroffen, brutales Vorgehen bei seinen Vorgesetzten beliebt machen wollte, der aber auf der anderen Seite durch sein Auftreten verurteilt, viele schlichten Einzelheiten zu verdecken.

Diese Mitteilungen werfen ein bezeichnendes Licht auf den Geist der in der Dresdner Polizei herrscht. Wären die Kameraden des Seidemann von demselben abtrüben und sich dagegen wenden, so bleibt aber die Tatsache bestehen, daß sich Polizeibeamte sehr unmenselicher Taten noch rühmen können.

Die gesamte Arbeiterklasse weiß, was sie nunmehr von den Weisungen der bürgerlichen Presse zu halten hat. Jetzt heißt es alle Kräfte mobilisieren, die rote Klassenfront geschmiedet zum Kampf in Antischichtlicher Aktion gegen Faschismus.

## Ein bürgerlicher Samariter berichtet

Als Mitglied des „Roten Kreuzes“, befand ich mich am Mittwochsabend in der Versammlung der Dresdner Antischichtlichen. Ich lag in einer der ersten Reihen. Als die Polizei die Versammlung als unzulässig erklärte, begann sie gleichfalls sofort zu schießen. Keinesfalls aber ist von der Galerie aus, aber überhaupt aus der Versammlung heraus auf die Polizeibeamten geschossen worden. Neben mir brach schwererkranker ein alter Kr-

better zusammen. Ich nahm mein Verbandszeug und wollte ihm die erste Hilfe leisten. Aber die Polizei ließ mich nicht weiter und zwang alle Kameraden panisch den Saal zu verlassen. Stöhnen der Schwerverletzten und gräßliches Wimmern und Schreien der Frauen erfüllte den Raum. Die Polizei ging dazu über, schrittweise nach der Galerie und nach dem von der Menge verstopften Ausgang zu schießen. Ich wurde auch mit nach dem Ausgang getrieben, konnte mich aber später als Samariter legitimieren. Gemeinsam mit den roten Arbeiterkamaraden leistete ich den Schwer- und wunden Verletzten die erste Hilfe. Wir waren gezwungen, einige der weniger Schwerverletzten sofort nach dem Krankenhaus zu tragen. Die Schwerverletzten konnten wir jedoch auf diese Weise nicht abtransportieren, wir mußten sie vielmehr in ihrem Zustand lassen, bis der Krankenwagen kam. Wenn behördlicherseits lenkfreie Hilfsmaßnahmen für die Schwerverletzten sofort erfolgt wären, hätte man noch einige vor dem Tode bewahren können.

Das ist der Bericht eines bürgerlichen Samariters. Auch von dieser Seite wird alle bestätigt, was von Seiten der Verwundetenbeschauer keinesfalls geschwiegen wurde. Vielmehr wird auch hier bestätigt, daß die Polizei in unerhörter Weise ein menschliches Mitleid unter der Dresdner Arbeiterklasse verachtete.

## Unter den Opfern ein Arbeiterportier!

Arbeiterportier, heraus zur morgigen Protestkundgebung im Zirkus!

Bei dem Polizeibericht auf die Verwundeten der Kampfbundes gegen den Faschismus am Mittwoch, wo auf die dem Saal räumenden Arbeiter geschossen wurde und mehrere Arbeiter tot liegen blieben, wurde ebenfalls ein Mitglied des roten Sportvereins Spielvereinigung 02 Dresden erschossen. Sämtliche sportliebenden Arbeiter und Arbeiterinnen Dresdens fordern wir auf, sich an der Protestkundgebung der kommunistischen Partei am Sonntag früh im Zirkus-Straßen zu beteiligen.

Arbeiter: in den bürgerlichen und reformistischen Sportvereinen, die erschossenen Arbeiter kämpfen für euch und unter euch. Er scheint geschossen in dieser Protestkundgebung. Alle Sportvereine lassen ihre Veranaltungen ausfallen und erscheinen geschlossen. Jeder Verein bringt die Sturmfähnen mit.

Das rote Winterportier treffen in Wittenberg, was für Sonntag angelegt war, findet nicht statt. Alle Winterportier beteiligen sich an der Protestkundgebung im Zirkus.

Um Ferkelmöglichkeiten zu vermeiden, teilen wir mit, daß die Delegiertenkonferenz trotz der Protestkundgebung stattfindet.

## Bei den Hinterbliebenen der Toten

Von den neun Arbeitern, die im Reglerheim von den Polizeigewalt getötet wurden, konnten wir bereits gestern eine kurze Darstellung über ihre Lebensverhältnisse. Der Bericht erstreckte sich über nicht der Todesopfer. Nachfolgend folgt der Bericht über die weiteren fünf toten Klagenfamilien. Auch hier klagen schicksalhafte Eltern und weinende Kinder über bürgerliche Wutmaßler der Polizei an.

### Kurt Göbel, Weidentalfstraße 28

An seiner Stelle meldete der Polizeibericht erst den Arbeiter Paul Fritz als erschossen. Diese Information stellte sich aber als falsch heraus. Der tote Genosse hatte lediglich die Stempelkarte seines Freundes einsehend und die letzte auf den Namen Fritz. Der unter den Polizeigewalt verendete Klagenfamilie gehörte der Kassen Hilfe an. Er war 26 Jahre alt und wohnte bei seinen Eltern. Sein Vater ist ein selbständiger Schneidermeister, das Geschäft geht schlecht und der einzige Sohn war ein tüchtiger Arbeiter, der wesentlich zur Erhaltung der Familie beitrug. Sein alter Vater ist durch diesen schweren Schlag gebrochen, denn der tote war ein hilfloser Sohn, der seinen Eltern half, wo er nur immer konnte.

### Richard Michel, An der Kreuzkirche 2

Der Genosse war 30 Jahre, er hinterläßt eine Frau und zwei kleine Kinder im Alter von drei und fünf Jahren. Als langjähriges Wahlkreismitglied besaß er eine Fürsorgeunterstützung von 17,50 Mark pro Woche. Damit mußte er den gesamten Unterhalt seiner Familie bestreiten. Der Genosse war Mitglied der Partei und der Kassen Hilfe. Die Wohlfahrts-Erwerbslosen versuchte bereits das gesamte Material des toten zu beschlagnahmen. Die Ehefrau verzweifelt sich jedoch gegen eine solche beschändliche Maßnahme.

### Der Arbeiter Sommerfeld

Hier handelt es sich um den anscheinend unbekannteren Toten. Der Arbeiter war 26 Jahre alt und gehörte seiner Partei an. Wo

Kassenbeamter Arbeiter nahm er an der Kundgebung der Dresdner Antischichtlichen teil. Er wohnte bei seinen Eltern auf der Friedrichstraße. Der Vater ist Wirtshausbesitzer, aber auf Grund seines vorgeschrittenen Alters führte kein erfolgreiches Geschäft. Die Polizei hat also auch in diesem Falle der Familie den Ernährer geraubt.

### Paul Raimwald, Altmostrich 11

Ein 40 Jahre alter Händler, der auf Hofmeisterstraße wohnte. Mit einem kümmerlichen Handel schlug er sich recht und schlecht durchs Leben. Der tote war parteilos und hatte noch vier kleine Kinder, die sich in Pflege befanden, zu sorgen.

### Walter Liebner, Münchner Straße 9

Der Erschossene ist der Vater von drei Kindern im Alter von fünf, drei und zwei Jahren. Er verlor den Hausmannspolier und wohnte mit seiner Familie im Kassenhof. Seine Unterbringung besorg er vom Fürsorgeamt. Seine Frau war mit in der Kundgebung. Sie wurde bei diesem juchzenden Blutbad getötet von ihrem Mann getrennt und nach dem Ausgang geschickt. Später fand sie ihn tot im Saal wieder. Auch hier handelt es sich um einen parteilosen Arbeiter.

Nun unsere obigen Ausführungen ist ersichtlich, daß es sich hier im wesentlichen um die Stützen und Ernährer ihrer Familien handelt. Um so härter sind die Hinterbliebenen dieser unglücklichen Klagenfamilien getroffen. In mehreren Fällen sind die Toten nicht Mitglieder der kommunistischen Partei. Sie bekämpfen, indem sie diese Verwundeten beschützen, ihren Willen, mitzumachen im Kampf um ein freies soziales Deutschland. Jetzt liegt es an uns allen, die Wunden, die durch dieses Blutbad der Polizei in die Front des revolutionären Proletariats gerissen wurden, durch verlässliche Aktivität wieder aufzufüllen.

**IRIS** Die neue milde feinaromatische No. 6 **3 1/3 ZIGARETTE** Mit kolorierten Filmbildern **GUTSCHEINI**

Gegen Erstattung dieser Gutscheine: 1. Ausgabe auf Postkarte - alle Drucksaachen (Punkt 2. Preis) erhalten Sie 12 kolorierte Antikarte Filmbilder. Jede Person ist zum einmaligen Bezug berechtigt. **Zigarettenfabrik Confrela DRESDEN - CHEMNITZER STR. 40**

**SLUB** Wir führen Wissen.











# RUND UM DEN ERDBALL

## Die Kältewelle in Deutschland

Nach im Ausland abnorme Kälte — Arbeitslose und Kleinbauern Opfer von Hunger und Frost

Während in Ostpreußen und Litauen sich der Frost hart gemildert und das Thermometer, wie z. B. in Memel, den Gefrierpunkt erreicht hat, ist es in einem Teil Ostdeutschlands noch kälter geworden. In Breslau wurden 25, in Schweidnitz und Gleiwitz 27, in Grottau 30 und in Neusalz (Oberschl.) sogar 32 Grad Kälte beobachtet. Das sind die niedrigsten seit dem Winter 1928/29 in Deutschland verzeichneten Temperaturen. Heftiger wurde im Februar 1929 die allereinsten Kältegrade innerhalb Mitteleuropas ebenfalls in Ostpreußen erreicht, wo es damals Rosenberg auf -37 Grad C gebracht hatte.

Im ganzen Ostseegebiet dagegen hat sich gestern der Frost sehr abgemildert. Stettin, das in der vorigen Nacht noch 22 Grad Kälte gehabt hatte, meldete gestern mittag nur -9 Grad C. Am Strand Hürnen sah man den Hafen gewaltige Eisschichten und verursachen allmählich wachsenden Stillschanden der Schifffahrt und die Bereitung meiter Teile der offenen See. Ein nach Memel ausgelaufenes Schiff ist auf See festgefahren; ein von Swinemünde nach Kopenhagen ausgehender Dampfer mußte wegen der Eishindernisse wieder zurückkehren.

Wegen starken Treibeises auf dem Rhein wurde gestern mittag die gesamte Rheinschifffahrt eingestellt. Die von Hamburg nach Köln fahrende Gasleitung ist außerhalb der Stadt Köln infolge der Kälte geplatzt. Die Wiederherstellungsarbeiten waren aber bereits gestern abend beendet; inzwischen erhielt Köln kein Gas durch eine zweite, aus dem Nachbarrevier kommende Ferngasleitung.

In den mitteldeutschen und sächsischen Gebirgen herrscht zwar auch noch strenge Kälte, das Thermometer liegt aber auf dem Komma und die Gipfstationen infolge der bei Hochdruckwetter sehr stark greifenden Temperaturumkehr weit höher als im Tal; es regnet dort bei sehr trockener Luft und windstillen, sonnenlosem Wetter nicht mehr als 10 bis 15 Grad unter Null. Die Schneehöhe ist für die Sportausübung überall gut. Ähnlich ist es in den bairischen Alpen. Wittenwald und Oberstdorf melden 20, die Zugspitze hat jedoch nur 11 Grad Kälte.

Auch nach Italien ist die Kälte eingebrochen. In Triest beträgt Bora bei 9 Grad unter Null; in Mailand und



Beim Kammereck, nahe dem Lorelei-Eisen, hat sich das Eis auf eine Ausdehnung von etwa zwei Kilometer erstreckt, so daß — wie man aus unserer Aufnahme ersieht — ein talwärts fahrender Dampfer von den Eismassen umschlossen wurde.

Bohlogna hat es geföhnt. In den Abruzzen sind große Schneeeinbruchungen.

In Rumänien ist durch die dort niedergegangenen starken Schneefälle fast der gesamte Verkehr lahmgelegt. Im transilvanischen Gebirge herrschen Temperaturen bis zu 30 Grad unter Null; in der Ebene zwischen Bukarest und der Donau gegen die Dobrudscha gibt es Schneeverwehungen bis zu sieben Meter Höhe. Auf der Strecke nach Galatz liegen drei Züge, darunter ein Expresszug, eingeklemmt; die Reisenden befinden sich seit drei Tagen in den ungeliebten Ortlichkeiten. Die gestrige erste Parlamentsitzung nach den Weihnachtsferien konnte nicht stattfinden, da nur wenige Abgeordnete hatten nach Bukarest fahren können, und das Parlament mußte auf den 31. Januar vertagt werden.

Gleichzeitig treffen aus verschiedenen Teilen Deutschlands, aus Österreich, Italien, Rumänien und Ungarn Meldungen ein über Erstrierung zahlreicher Arbeitsloser und Kleinbauern, die bei jeder Mittel dem Hunger und dem Frost ausgeliefert sind.

## Im roten Blitzlicht

Ein neues Götting hat der französische Generalfeld in Indochina ausprobiert. Wie der Bericht feststellt, mit Erfolg. Dieses Götting hat die Eigenschaft, ein ganzes Regiment, bzw. auch eine ganze Stadt, oder besser gesagt, die Bevölkerung einer ganzen Stadt, in einen Rührungszustand zu versetzen, der 48 Stunden währt.

Die französische Sozialdemokratie und letztendlich auch der Kongress der 2. Internationale in Brüssel, hatten festgestellt, daß Frankreich in seinen Kolonien eine ungeheure sozialistische Tätigkeit ausübe. Jetzt sieht man es praktisch; ein neues Götting wird erfunden und an der Bevölkerung Indochinas, an der Bevölkerung seiner Kolonie, probiert der französische Militärischismus das Götting aus. Was liegt schon daran, wenn die koloniale Bevölkerung für 48 Stunden in einen Rührungszustand versetzt wird. Wichtigsten haben sie das Bewußtsein, „sozialistischer Zweck zu dienen“...

Das entartete Judentum ist auch normierend Begründen und Apokalypse des Sozialismus und Kommunismus der Verwirrung und Schrittmacher des Weltkommunismus. — Heißt der Erzbischof von Prag in einem Hirtenbrief fest. Nachdem man dies gelesen hat, ist man sich nicht klar darüber, ob der Erzbischof Hülse abgeschrieben hat oder Hüller dem Erzbischof. Die Sprache der Schwarzen und der Braunen ist die gleiche.

„Ein sozialistischer Student soll sich nicht mit Politik befassen“ — erklärte der österreichische sozialdemokratische Führer Paul Richter. Diese Erklärung gab er ab, als die sozialdemokratische Wiener Stadtverwaltung mehrere Studenten, die in einem der gehörenden Studentenheim untergebracht waren, erzwungen ließ, weil sie sich ihrer Meinung nach, zum Teil mit Politik befassten und deswegen in den Verband kommunistischer Bewegung getrieben.

Am heutigen Tage grüßen wir den Kaiser und König in Ehrfurcht, Treue und Dankbarkeit. Wir werden nicht ablassen, Recht und Gerechtigkeit für den deutschen Kaiser zu fordern. Die Nation darf sich nicht mit Kriechhühlerhaltungen begnügen, solange Doorn eine normierende Aufgabe ist. In diesem Jahre werden seit dem Regierungsantritt Kaiser Wilhelms II. 43 Jahre verfließen sein. — Wie würde es wohl mit dem Wiederaufbau, wenn er in den letzten fast 15 Jahren durch monatliche Führung gefördert und nicht durch Parteiherrschaft dauernd gehemmt worden wäre?

Dieses hier wiedergegebene Telegramm, das am 27. Januar nach Doorn abgeschickt wurde, kommt nicht — wie so manchen annehmen dürfte — von Scheibemann und im Jahre 1928 kopiert für die Erhaltung der Monarchie gerettet und sich im Jahre 1928 um die Kaiserkrone „große Verdienste“ erworben haben, sondern vom Reichshauslerbüro.

Der Völkerverbund hat offiziell der österreichischen Regierung die Anerkennung ausgesprochen, weil viele die von ihm erteilten Befehle, die Pöhne der Beamten und Arbeiter rigoros abzuhängen und die so aus den Knochen der Arbeiter herausgeholt. Gether für den Zinsendienst an das ausländische Kapital zu verwenden, befolgt hat. Der Völkerverbund heißt fest, daß die Österreich jetzt auf dem richtigen Wege belinde.

Aus Österreich wird gemeldet, daß mit dem täglichen Wachsen der Arbeitslosigkeit sich die Hungerleiden ungeheuer ausbreiten, die Kindersterblichkeit infolge Unterernährung ein bisher nie erreichtes Ausmaß angenommen hat.

Die französisch-belgische Gesellschaft zur Verfertigung von Eisenbahnmateriale in Reims hat alle in infolge Auftragsmangels geschlossen worden. Das Werk beschäftigte fast 3000 Arbeiter, die jetzt brotlos gemordet sind.

Am Bord des italienischen Dampfers „Marella“, der sich augenblicklich im Hafen von Marseille befindet, brach am Donnerstag in den Kabinräumen Feuer aus. Nach mehrstündigen Bemühungen der Hafenfeuerwehr gelang es, den Brand zu löschen.

In Amsterdam ist von der Polizei ein Lastkraftwagen beschlagnahmt worden, in dem nicht weniger als 2000 Kilogramm Schmuggeltes deutscher Margarine entdeckt wurde.

In Matheson lag das Verlöbtepaar eines Heizkörpers der Wasserverheißungsanlage einer jüdischen Schule plötzlich erfaßt. Personen kamen nicht zu Schaden.

Bei Feldarbeiten in einem Weizen an der Eisenbahnstraße Reims-Daon gelegenen Dorfe wurden die Leichen von fünfzehn deutschen und sechs französischen im Weltkrieg gefallenen Soldaten gefunden. Nur vier konnten identifiziert werden.

## Der Pfeifegeriet geht um

Zwangsverwaltung über Amerikas größten Film-Konzern

New York, 27. Januar. Der größte Filmkonzern Amerikas, die Paramount-Public-Corporation, die in Deutschland durch die Paramount-Film-AG vertreten ist und deren Aktienkapital fast 700 Millionen Mark beträgt, wurde heute unter Zwangsverwaltung gestellt, die verschiedene Aktienbesitzer wegen Aktienverpflichtungen beantragt hatten.

Nur wenigen Tagen wurde bereits über die Kuba-Keil-Diphtherie-Corporation wegen eines Aktienbetrugs die Zwangsverwaltung verhängt. Auch die Public-Enterprises, eine Tochtergesellschaft der Paramount, hat mit 41 Millionen Dollar Schulden und 23 Millionen Dollar Aktien freiwillig die Zwangsverwaltung beantragt.

## 172 Kinder erkrankt

ERbeck in zweiter Auflage

Paris, 27. Januar. Eine Angelegenheit, die lebhaft an das Absterben Kinderleiden erinnert, beunruhigt augenblicklich die französische Öffentlichkeit. In Bourdon Ranch bei Charolles sind seit dem 20. Dezember nicht weniger als 172 Kinder an den Folgen einer Impfung erkrankt. Eines der Kinder ist zwei Tage nach der Impfung gestorben, sieben andere, deren Zustand noch besorgniserregend ist, befinden sich in dauernder ärztlicher Beobachtung.

Am 20. Dezember fand in der Ortschaft eine behördliche Impfung der Kinder gegen Diphtherie statt. Schon am folgenden Tag klagten die Kinder über Schmerzen an der Impfstelle und wenige Tage später bestanden sie über Schmerzen, verbunden mit Geschwulsten und Geschwülsten, ein. Bei fast allen Kindern war ein operativer Eingriff notwendig, um den Eiter abzulassen. Obgleich die Untersuchung noch nicht beendet ist, behauptet man, daß der angewandte Impfstoff verdorben gewesen sei.

## Schallplattenzeitung

Ein Londoner Journalist gibt eine Schallplattenzeitung heraus. Die Zeitung erscheint täglich in einer Auflage von bisher 3000 Exemplaren, kostet etwa das Dreifache der gewöhnlichen Tageszeitungen, besteht aus drei bis vier doppelseitig bespielten Schallplatten, die ununterbrochen hintereinander abgespielt, die wichtigsten Tagesereignisse wiedergeben. Besonders große Verbreitung hat die Schallplattenzeitung begrifflicherweise unter den Blinden gefunden, die trotz des hohen Preises die Zeitung halten, um auf diese Weise in den englischen Konnex mit den Tagesereignissen zu kommen; die sie sonst nie später erfahren würden.

## Hotelbrand in Detmold

Tote und Vermundete

Detmold, 27. Januar. Ein Großfeuer brach heute nacht im Hotel „Zur Traube“ infolge Ueberheizung eines Ofens aus. Das Gasthaus brannte völlig aus. Die schlafenden Hausbewohner, darunter zahlreiche Arbeiter, die in dem im gleichen Haus befindlichen Kabarett anstehen, bemerkten das Feuer nicht eher, bis die Flammen über das Dach des zweistöckigen Gebäudes hinausgingen.

Die Rettungaktion der Feuerwehre war durch die harte Kälte außerordentlich schwierig. Eine Frau starb an ihren schweren Brandwunden noch vor der Einlieferung ins Krankenhaus, eine andere befindet sich in hoffnungslosem Zustand. Auch die 12 anderen Personen, die von der Feuerwehre aus dem brennenden Gebäude herausgeholt wurden, haben sämtlich mehr oder minder Brandverletzungen, Rauchvergiftungen usw. davongetragen.

## Das leuchtende Thermometer erfunden

Eine neue Erfindung der thüringischen Glasbläser heißt das leuchtende Thermometer. Durch einen Spiegelreflex wird bemerkt, daß die Quecksilbersäule in fröhlichem Rot aufleuchtet. Man wird sich also in Zukunft nicht mehr den Kopf zu zerbrechen brauchen, wenn man ein Thermometer ablesen will. Besonders wertvoll ist das Thermometer mit dem belagerten Leuchteffekt für die Krankenhauspraxis. Kranke können nun auch im Dunkeln auf ihre Temperatur hin untersucht werden!

## Banknotenfälscher und Raubgüsthändler

Eine internationale Verbrecherbande in Oesterreich festgenommen

Wien, 27. Januar. In der Angelegenheit der Massenfälschung von 50-Schilling-Banknoten konnte nunmehr einwandfrei festgestellt werden, daß die beiden von der Polizei Verhafteten, Cernoch und Leitbel, tatsächlich Raubgüsthändler sind, die bereits früher mit der Behörde in Konflikt gekommen waren. Ueberdies wurde die ordentliche Unterjochungsbefehl erteilt. Sie haben bereits ein teilweises Geständnis abgelegt, aus dem hervorgeht, daß sie die falschen Banknoten von einem Holländer Joe Marcel erzielten, der sich angeblich in Amsterdam aufhalten soll. Das Geld habe als Sicherheit für den Anteil der beiden an einem Raubgüsthändlergeschäft im Werte von 100 000 Schilling dienen sollen. Der Holländer habe sich aber geweigert, trotzdem dieses Geschäft durchgeführt wurde, die Sicherheit freizugeben und habe

ein drittes Geschäft vorgeschlagen, das infolge der Verhaftung nicht zustande gekommen ist.

Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des Leitbel wurde Briefpapier mit dem Namen des Holländers und einer Amsterdamer Adresse gefunden. Eine Anfrage der Wiener Polizei in Amsterdam über diesen angeblichen Holländer war jedoch ergebnislos. Es scheint sich also um eine Falschadresse gehandelt zu haben, zumal das Briefpapier in Wien hergestellt worden ist. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß dieser angebliche Holländer, der sich unter dem Namen Marcel nennt, der Notenfälscher selbst ist.

Wien, 27. Januar. (K. A. B. D. M.)

Ran Det den

Sichern oben... (partially visible)

Das Revier... (partially visible)

Er schickte... (partially visible)

Nachdem ein... (partially visible)

Genosse... (partially visible)

Das Wort... (partially visible)

In der... (partially visible)

Belannt... (partially visible)

zum... (partially visible)

Der... (partially visible)

Lage... (partially visible)

Es... (partially visible)

Man... (partially visible)

Im... (partially visible)

Had... (partially visible)

Diese... (partially visible)

Wichtig... (partially visible)







# SPD bis Nazis — eine Front

Wie eng die Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten und Nazis auch schon ideologisch verbunden ist, davon konnte man in der von der kommunistischen Fraktion erzwungenen außerordentlichen Stadtratsbesitzung am Donnerstag ein anschauliches Bild erhalten.

In der letzten Sitzung hatte die große Koalition, dieses Mandat der Arbeiter SPD, von West bis zum Deutschnationalen Bisher die Forderung der Not und des Glubs der Erwerbslosen als nicht dringlich bezeichnet und deren Forderungen mit einer Handbewegung in den Papierkorb werfen wollen. Die einzigen Vertreter der Hungernden und Kälteren, die Kommunisten, verlangten eine außerordentliche Sitzung, um die Behandlung der Erwerbslosenfrage zu erzwingen.

Genossin Wiffänger zeigte nicht nur das grauenhafte Elend und die bittere Not der Erwerbslosen auf, sondern auch, wie man noch Schindler über die Winterhilfe verhandelt und verpöbelt! Zur Wiffänger der Bedingung der Ausgaben der Ausgaben verlangte die Einheitsfront des Volksrates und die Kürzung der hohen Gehälter.

Der „Ober“ Rimpel machte sich die Sache sehr bequem, indem er lediglich eine „Kostenschätzung“ aufmachte, wonach die Erwerbslosen 350.000 Mark beanspruchten. Als ihm die Genossin Lewinsohn aber erwiderte, daß er bei den 12.000 Unterstützungsberechtigten eine solche Rechnung aufmache und die Summe als untragbar bezeichne, während er bei den „hilfsbedürftigen Großindustriellen“ (Sukthahäuser) dies nicht für nötig befunden habe (es waren ja auch nur einige Großaktionäre, die eine Million Mark erhielten), verstand er sich und heimlich aus dem Saale. Wozu auch als autragen wegen Broteten?

Die Sozialdemokratie, in ihrer ideologischen Verbundenheit mit dem kapitalistischen System, erklärte ganz offen durch West: „Erwerbslosenhilfe? Hauptsache ist doch, das Wahlrecht bleibt uns erhalten! Wenn die Profeten derredern und erziehen, die Kinder zu verbrennen, wenn uns nur das Wahlrecht erhalten bleibt, dann kann es uns an nichts fehlen. Doch West eine ableh-

Verteidigungsrede hielt und zum Schluß ausrief: „Nur Arbeit kann uns retten!“, wobei er wahrscheinlich an den Arbeitslosen dachte, die bei ihm nicht verwandelt. Was weiß ein West von Hunger und Frost?

Die Sozialdemokraten und Nazis lieferten sich ein helles Scheingecht, indem sie sich gegenseitig allerhand Wahrheiten an den Kopf warfen, jedoch nur um am Schluß sich wieder in die Arme zu fallen, indem sie beide, um die SPD-Anträge zu Fall zu bringen, durch Änderungsanträge an Landes- und Reichsregierung auf die Karte ließen und „Witte lieber Schied und Schlichter geht uns Mittel zur Winterhilfe“ riefen. So steht SPD-Klassenkampf aus! Die Arbeiter aber wissen, daß nicht Mittelschicht an die kapitalistische Regierung helfen, sondern nur der intensive Massenstreik der roten Einheitsfront helfen wird.

Selbstverständlich lehnte die große Koalition die Erwerbslosenhilfe der Kommunisten ab. Die Nazis konnten sich die billige Weite der Zustimmung leisten, da sie wußten, daß die Anträge ja doch verworfen werden würden. Die Mittelklasse der SPD und der Nazis, die nichts wollten, wurden angenommen.

Einen großen Coup wollten sich die Nazis liefern, indem sie beantragten, daß die Stadt Freitag ihre Mittelklasse beim Konsumverein in Dresden, kündigen soll. Sie brauchen Geld, um ihre ungeheuren Schulden zu bedecken, das wollen sie nun beim Mittelstand einziehen, da die Großindustrie etwas ungezügelter geworden ist. Als man man dem Mittelstand etwas zeigen. Genossin Wiffänger antwortete den Demagogen ganz richtig, daß ihre Mittelstandsfreundlichkeit nur im Reinen besteht. So wohl beim Arbeitslosen, als auch bei ihrer Arbeitslosenfrage fragen sie verdammt wenig danach, ob der Mittelstand Aufträge und Brot habe.

Der Antrag wird mit den Stimmen der SPD und SPD abgelehnt.

Erwerbslose und Werktätige Freital, schließt auch zur kämpfenden roten Einheitsfront zusammen und kämpft um eure berechtigten Interessen.

## Rußlandheke des Pfarrers in Bertsdorf

(Arbeiterkorrespondenz 1211)

Immer mehr begannen die von der Rot erfüllten Erwerbslosen zu erkennen, daß der ungeheure Aufschwung in der Sozialdemokratie eine heilige Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterkraft bedeutet. Im schneller geht im Hunger-Deutschland die Kapitalisierung der wertvollen Bevölkerung voran. Klar und deutlich leben auch die noch der Kirche nachfolgenden Arbeiter, doch trotz der tröstlichen Worte der Herren im Talar ihr Hunger nicht beilegt ist. Bei manchen christlichen Arbeitern macht sich die unehrliche Grundfrage über die brutalen Maßnahmen der verschiedenen Regierungen, in denen ja immer die hohen Herren der Kirche (oben, bedurch bemerkbar, daß sie her Kirche den Rücken stehen und sich den protestantischen Organisationen anschließen.

Nach in unserem Orte ist die Zahl der Kirchenmitglieder von Monat zu Monat von Monat zu Monat stetig wachsend. Der Einfluß der Kommunisten, die ja auch bei der Wahl der Gemeinderatsmitglieder die härteste Partei gewonnen sind, klar erkannt natürlich auch der Herr Pfarrer Wieneke, daß es mit seiner Herrschaftsansicht nicht mehr geht und daß die Kirche jetzt mit der Sozialdemokratie befeindlich stehen muß, wenn die hoffentlich die Gefahr abzuwenden werden soll. Während dieser Herr früher nur in seinem schreibenden leichten Artikel gegen die Gottlosen zusammenstimmte, die in einem derartigen Tone gehalten waren, daß sie nur manchen christlichen Arbeiter abhaken mußten, bekennt er jetzt mit der Beteiligung keltenländer Flugblätter, in denen er abseits nicht spart mit Schimpfwörtern und Verleumdungen gegenüber der wertvollen Bevölkerung. Ja, in der letzten Zeit benutzte dieser Herr sogar das Mittel der Ullat, um seine Schädlichen über die für ihn so unfehlbare Frage seiner Entlohnung blü-

Der Arbeiterkulturberein verteilte in den letzten Tagen von Weidbach ein Flugblatt, in dem die ungeheure Verhöhung der Erwerbslosen durch die Kirche gebührend bebrandmarkt wurde und den Arbeitern vor Augen geführt wurde, daß der Staat der kirchlichen Kirche 5 Millionen in den Rücken warf, aber für die hungernden Kinder kein Geld hatte. Ganz klar wurde weiter Stellung genommen zu den Schätzern der Pfarrer und zu den Geldgebern, die der Staat für diese Zwecke macht. Auch wurden einige Beispiele angeführt, wie unsere Brüder in Rußland diese Fragen behandeln.

In einigen Briefen eines Jugendgenossen, der schon über 1 Jahr in der Sowjetunion arbeitet, wird das Leben der russischen Arbeiter und der ungeheuren Aufbau in diesem Arbeiterstaat geschildert. Diese Briefe haben es dem Herrn Pfarrer angetan, eine unehrliche, aber sehr plumpe Rußlandheke zu entwerfen. In demogogischen Werke versucht er, den ungeheuren Aufbau und die Steigerung des kulturellen Lebens im Gesamtamt zu schildern. Ebenso frach versucht er nachzuweisen, daß die Konsumhäuser und Erholungsheime Seuchenherde sind.

Sicherlich ist auch die Frage, die der Herr Pfarrer in seiner Schallkammer stellt. Wir können wohl sagen, daß alle Verleumdungen bei der Arbeiterkraft keinen Anklang mehr finden. Die Arbeiter haben sich längst ein Urteil gebildet und die Lebensweise des Pfarrers ist dazu angetan, noch manchem die Augen zu öffnen. Freilich für ein wir, daß dieses Flugblatt keine Wirkung nicht verleiht. Wir können nicht dem Herrn Pfarrer, daß wir vor nicht daran denken, uns unsere Kampfwaffe von ihm vorzukaufen zu lassen. Wir bringen in der nächsten Nummer noch mehr.

## Werkstätten Frauen in Front

# Gegen Hunger und Frost

Am 23. Januar fand unsere erste öffentliche Frauenversammlung im Deutschen Haus statt. Der Abend wurde mit einer Resolution aus der SPD und einer Wapprede eröffnet. Die Rede betitelte sich „Eine Kleinbürgerliche Kaffeeuhr“ und wurde sehr erfolgreich. Richtig heißt es, daß wir damit das Richtige getroffen hätten. Stadtverordnete Genossin Gansauge sprach dann über den Kampf gegen Hunger und Frost. Sie hatte sehr gutes Material und die Anwesenden folgten aufmerksam den Ausführungen. Der starke Beifall bewies, daß die Frauen begreifen hatten, was es heißt, um Brot und Kohlen zu kämpfen. Trotz der ansteuernden Worte der Genossin Gansauge war die Diskussion mäßig, ein Zeichen, daß die Frauen noch nicht gelernt haben, von ihrem Elend zu reden.

15 Frauen wurden für unsere Organisation gemorbt, 17 Mahnrufe verkauft, 7 Frauen wurden zum Frauenkonferenz am 3. 2. delegiert. Eine Entschließung gegen Hunger und Frost wurde einstimmig angenommen. Die Teilnehmerzahl ergab 515 Mark.

### Entschließung:

„Die im Deutschen Haus anwesenden Frauen und Mädchen haben erkannt, daß es endlich Zeit wird, sich einzusetzen in den Kampf gegen Hunger und Frost, und es doch Arbeiterkinder, die im Elend verkommen, das man nur in einer Einheitsfront abwehren kann.“

Die Verhöhnung der Erwerbslosen durch die lächerliche Winterhilfe muß abgewiesen werden. Deshalb sind alle Anwesenden einig, daß nur mit revolutionären Kräften gegen Not und Elend gekämpft werden kann und geloben, nicht eher zu ruhen, bis jede Arbeiterfrau erkannt hat, daß sie sich in der roten Einheitsfront organisieren muß!

Mit dem Gelang der Internationale schloß die Versammlung. 348 Frauen, Neuhof-Welt.

## Dohnas Arbeiterkraft demonstriert gegen das Polizeiblitbad in Dresden

Zum Protest gegen die ungeheuren Propagationen der Dresdener Polizei, der 9 Lots, mehrerer Schwere und Leichtverletzte zum Opfer fielen, demonstrierte am Donnerstag das revolutionäre Proletariat von Dohna, Männer und Frauen marschierend gegen die offenen kapitalistischen Terrorakte der Schlichterregierung und ihres Nachtapparates. Einheitslich und geschlossen marschierten sie in Antifascistischer Aktion und bildeten somit eine Demonstration, welche sich wirklich zu einem Massenprotest entwickelte. Ein Genosse ermahnte die Proletarier in einer kurzen Ansprache zur äußersten Beharrlichkeit, damit sich keine zu Einzelkämpfern hinziehen lasse.

Jedes einzelne muß mit aller Kraft zur Gewinnung und Mobilisierung der Mischheit der Arbeiterklasse beitragen, um so mit geschlossener Front das kapitalistische System zu überwinden.

Chemnitz (Schl. Schweiz). Am 21. Januar hielt die Ortsgruppe Chemnitz des Kampfbundes gegen den Faschismus eine

Öffentliche Versammlung ab. Als Referent sprach der ehemalige Nazi, Oberleutnant A. D. Jandrich, Rauen. Die Versammlung war von 250 Mann besucht. Von allen Nachbarten strömten sie herbei, um sich des Referat unseres Genossen Fröschich anzuhören. Leider waren die vom Kampfbund Chemnitz persönlich eingeladenen Nazis nicht erschienen. Wie immer, sind diese braunen Gelehen zu selge für die Wahrheit anzuhören. So wurden zwei neue Kameraden gewonnen und 600 Mark für den Kampffonds gesammelt. Arbeiter von Chemnitz und Umgebung, reißt euch ein in den Kampfbund gegen den Faschismus!

## Revolutionärer Vormarsch in Freiberg

(Arbeiterkorrespondenz 1222)

Die öffentliche Versammlung der SPD am 23. Januar, im Schwarten Rok, schloßte sich in einem wichtigen Erkenntnis zum revolutionären Klassenkampf. Gen. Kohler zeigte in lauter Worten die Gegenläufe im kapitalistischen System auf. Er wies nach, daß die kapitalistische Gesellschaft für die Erwerbslosenforderungen keine Mittel zur Verfügung stellt, doch Millionen an Junter (Küchle) und Industriellen gegeben werden. Genosse Kohler zeigte dem hundertsten und stützenden Erwerbslosen, daß sie sich in roter Einheitsfront zusammenschließen und ihre Forderungen im außerparlamentarischen Kampf erfüllen müssen.

In der Diskussion sprach der Gen. Vogel. Er appellierte an die Freiburger Arbeiterkraft, die bürgerliche Freie aus den Arbeiterwohnungen zu werfen und die kommunistische Freie zu übernehmen. 4 Jugendliche wurden für den kommunistischen Jugendverband gemorbt und 2 Vorkämpfer und 1 NJZ-Vize erworben. 3 Genossen meldeten sich, um den täglichen Freiverkauf der Arbeiterklasse durchzuführen.

### Tisch-Spielplatz

In den Räumen von Feders Punter, Bühne wurde jetzt ein neues Tischspieltheater eröffnet. Das Theater wurde eröffnet mit Brechtens „Weißes Haus“, von dem Orchester unter Kapellmeister Frankes Leitung sehr schön gespielt. Nach einigen nichtslagenden, üblichen Begrüßungsworten des Schriftstellers Walter Steinhauser, setzte er „Rintopp um 1900“ ein interessantes Rückbild über die Kinderreiche des Films. Dann lief noch ein Kulturfilm von der Schöpfung des Totenfilms. Den Hauptfilm, „Das Testament des Cornelius Gulden“, haben wir schon besprochen.

Dresdner Volkstheater. Die Hauptbesetzung für die am Donnerstag, dem 2. Februar, im Schauspielhaus stattfindende 6. Volksoffnung „Wetter für morgen, veränderlich“ findet für die aufgeführten Nr. 2001-2100 bis mit Mittwoch, 1. Februar, wirklich von 11 bis 18 Uhr in der Geschäftstraße, Schloßstraße 31/32, II., statt, am Vorstellungstage nur noch abends im Schauspielhaus.

## Die Landorte im Ernst-Thälmann-Aufgebot

Wesentlich wird das Thälmann-Aufgebot mit großer Energie durchgeführt, unsere Ortsgruppen auf dem Lande haben dabei in nordlicher Front, das bemerkt auch folgende Berichte.

Die Ortsgruppe Ottendorf-Berthelsdorf (NS-Fraktionen) wurde am 13. Januar in Rüdersdorf einen roten Wanderausgang durch Umarmt wurden 20 Arbeiterstimmen und 25 Wählerstimmen. Rüdersdorf ist ein Ort, in welchem die Landwirte sich verhalten, während sie und heute am 6. November a. J. zur Reichstagswahl 28 SPD-Stimmen. In den sich ergebenden Disfunktoren wurde auch von Bauern anerkannt, daß der Kommunismus der einzige Ausweg aus Not und Elend ist. Die obengenannte Ortsgruppe hat außerdem bis jetzt im Reich des Thälmann-Aufgebotes 7 Abkommen für die Arbeiterklasse im Orte gemorbt.

## Einheitsfront von SPD bis Nazis

(Arbeiterkorrespondenz 1220)

Chemnitz. Hier fand die zweite Sitzung der Stadtratsarbeiten statt, bei dem dichtbesetzten Zuscherraum. Bei der Wahl der Stadträte konnte man das Zusammenarbeiten der SPD und Nationalisten feststellen. Der letzte Stadtrat, der durch das Pos entschieden werden mußte, wurde durch Verzicht der Nationalisten zugunsten der SPD erstellt. Bei der Wahl des Stadtratsstellvertretenden Bürgermeisters konnte man wieder feststellen die Einheitsfront der SPD bis zu den Nazis. Trotz kommunistischer und sozialdemokratischer Mehrheit ermöglichte die SPD durch Abgabe weißer Stimmzettel, daß ein Nazi gewählt wurde.

Die Anträge der Erwerbslosen auf kostenlose Beheizung mit Holz und Kohle wurden trotz Protestes der SPD-Fraktion an den Finanzsaalshah überwiesen.

## Ebersdorfer Erwerbslose demonstrieren gegen Hunger, Frost und Faschismus

Am 19. Januar fand eine von 400 Erwerbslosen besetzte Versammlung statt. Die Erwerbslosen stellten Anträge auf kostenlose Beheizung mit Holz und Kohle, und es wurde ein Antrag eingebracht, damit auch den Rentnern und Kriegsbeschädigten das billigste Heizöl gewährt wird. Wir lagen den Erwerbslosen heute schon, daß es nicht genügt, die Anträge in der Versammlung zu stellen, sondern wir müssen dieselben durch außerparlamentarische Aktionen erst erzwingen. Am Schluß der Versammlung formierten sich die Erwerbslosen zur Demonstration gegen Hunger und Faschismus.

Unter Köhnen revolutionärer Lieber marschierten die Erwerbslosen in Stärke von 400 Mann durch die Stadt. Auf dem Marktplatz fand die Schlußansprache statt, wo ein Genosse eine Ansprache hielt und am Schluß darauf hinwies, daß sie marschieren in die rote Klassenfront gegen Faschismus.

Anlaß der am Sonntag stattfindenden Stadtratswahl der Stadtorte 102 der Nazis, welche hier mit ganzen 600 Mann aufmarschierten, um die Zerlegung innerhalb ihrer eigenen Reihen zu verhindern, holten sie dieselben aus der ganzen Ober- und Niederlausitz.

## Heraus mit dem Ueberfluß!

(Arbeiterkorrespondenz 1210)

Schleiz. Hier belegen die Bürgerlichen das Wählgebiet um sich aus. Die SPD hatte eine Reihe von Anträgen gestellt, unter anderem verlangte sie Kohlen für alle Erwerbslosen und die Postreform. Die Bürgerlichen lehnten ab. In einem weiteren Antrag verlangte die SPD Begrüßungsbeschlüssen in Höhe von 80 Mark, angenommen wurden 60 Mark. Des weiteren wurde beschlossen: Herabsetzung der Telefongebühren von 150 Mark auf 80 Mark für den Bürgermeister. Interessant war hier die Stellung der SPD. Diese gab früher ein Flugblatt heraus, in dem sie ablehnte forderte: Herabsetzung der unehrlichen hohen Telefongebühren. Jetzt stimmte die Gesellschaft dagegen. In einem weiteren Antrag hatte die SPD Verhandlungen mit dem Gemeinrat gebilligt mit dem Ziele, Befreiung der Arbeiter und Arbeiterinnen in außerparlamentarischen Kampf (es ist nicht daran denken, die Durchführung der Forderungen zu erzwingen).

## Die Schantlöhne der Landarbeiter

Königsberg (NS 1212). Ein Vorkopf der kommunistischen Fraktion, die Gemeinderatsbesitzung zu verlassen, um allen Zuschauern Gelegenheit zu geben, der Sitzung beizumischen, wurde abgelehnt. Von den Bürgerlichen wird beantragt, Zutritt für die Zuschauer einzuführen. Sie müssen damit die Deckung der Sitzplätze einräumen, um unter sich bleiben zu können.

Die fräuliche Entlohnung der Landarbeiter in diesem Orte ist bewußt folgende Taktik: Der beim Gutsherrn Arbeit beschäftigte Knecht, derbeiratet, mit zwei Kindern, erhält im ersten Monat 21 Mark Lohn. Er muß dazu 4 Mark aus der Wohlfahrt erhalten. Herr Knecht ist Vorkopf des Stadtrates in Schleiz, hat das größte Gut im Orte und außerdem eine große Jagd gepachtet.

Arbeiter von Königsberg! So sieht die Politik der herrschenden Klasse aus. Ihr bezahlt 600 Prozent Vorknechte, damit die Gemeinde die Diensthöfen der Landwirte bezahlen kann. Dieser Schicksal heraus um Klassenkampf am Montag, dem 30. Januar, im Reichshaus, Erzieht zahlreich!

## SPD Zittau für die Hungernden

Die letzte Stadtratsbesitzung brachte die Einheitsfront der Nazis mit sämtlichen bürgerlichen Fraktionen. Die Mitglieder vor Behauptung des Stadtrates und der Ausschüsse einer außerparlamentarischen Wahlkampfaktion. Wir den „keinen Grund“ gemeinlich bilden die Einheitsfront. Das sollte sich jeder politische Anhänger dieser Vertragspartei sehr gut einprägen!

Gen. Wehnert forderte Auskunft vom Rat, wie es mit der Durchführung der Beschlüsse der ersten Plenarsitzung steht. Oberbürgermeister erklärte darauf, daß diese nicht durchgeführt werden könnten, weil kein Geld vorhanden sei.

Die Genossen Richter und Wehnert wiesen auf den Verfall der kapitalistischen Wirtschaft hin, in der unehrliche Herrschaft herrschen und zwar verdammt werden. Sie forderten die Durchführung von Steuern zur Veränderung des in Zittau herrschenden Elends aus. Die Nationalsozialisten machten ein Gegenangebot. Sie stellten die Anträge, Mängel Steuern im Oberlausitzer Wirtschaftsgebiet rückwärts zu sein. Die Genossen, die sie darauf erhielten, umang sie ihre Antwort nicht zu unterschreiben. Arbeiter, erkläre die Rolle dieser braunen Knecht tatsächlich kämpft mit der SPD!

## Nazis brauchen Geld

Bernstadt (NS 1192). Die Nazis sind immer im Druck. Die Numbament begann zu monten. Die Kleinbauern haben in dieser Hinsicht den Nazis nichts zu begeben. So ist es jetzt ein Emsersdorfer Einwohner, der Mitglied der Nazis gewesen war, folgenden Brief:

„Im Auftrag der NS-Fraktion der NSDAP teile ich Ihnen hierdurch mit, daß Sie Verleihen noch 5 Monate rückständigen Beiträgen schuldig, 1. Monat 1,50 Mark.“

Ich bitte Sie, diese innerhalb einer Woche zu bezahlen, andernfalls ich diese gerichtlich einziehen muß.

5 Monate à 1,50 Mark 7,50 Mark, zusätzl. Scheinverfall und Porto 12 Pfennig, zusammen 7,62 Mark.

Johannshaus (NS) Hermann Göbke, Kötzschau Bernstadt, Wagners Straße 17.

Auch diese Methoden werden den Kampf der Nazis in unserer Gegend nicht aufhalten. Die antifaschistische Aktion in breiter Front alle Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen Faschismus!

Reizend...  
Niedert...  
Wann...  
Wie Gemein...  
Einige...  
Gen. Kou...  
Zusammen...  
Im Gemein...  
Obertr...  
Nazi...  
Welle (NS...  
In...  
S...



# Die KPD in den Lausitzer Kommunen

## Nazis für die „feinen Leute“

Neugersdorf Auch hier hatten die Nazis eine Wohlgemeinschaft mit den Bürgerlichen abgeschlossen. Die Besetzung der Gemeindefunktionen wurde durch die Einheitsfront der Nazis mit allen bürgerlichen Fraktionen vorgenommen. Im Anschluss an den erlosenen Wahlbescheid, ernannte die KPD-Fraktion an den einstimmig angenommenen kommunikativen Antrag auf Unterstützung der Wahlhelfer bei der Freikant. Ein kommunikativer Antrag verlangte die Verhinderung der Ernennung von Reichsämtern und Beförderung von Beamten für dieselben. Der Antrag wurde dem Rat zur Entscheidung überwiesen. Bei der Wahl der Ausschüsse erhielt die KPD sämtliche Sitze. Unter Antrag auf Streichung der Vertretung bürgerlicher Organisationen und Heranziehung proletarischer in den Wohlfahrtsausschuss wurde von der SPD bis zu den Nazis abgelehnt.

Die Devisenangelegenheiten hatte in einem unerbittlich pro-nazistischen Schreiben sämtlichen Mitgliedern gefordert und nur bei denjenigen Mitgliedern die Rückmeldung zurückgenommen, die sich mit der alten Partei einverstanden erklärten. Ein Antrag der KPD wurde zur Abstimmung übergeben nicht zugelassen. Die SPD-Fraktion verteidigte den Neugersdorfer Rat. Auch diese Sitzung hat gezeigt, daß die Vertretung der Nazis nur auf ihre eigene Kraft verlassen können und sich einrichten müssen in die Kampfkraft gegen Hunger und Faschismus.

## SPD Zuhälter der SPD

Wittenberg (NR 1185). Die erste Sitzung unseres Stadtrats ordnenkollegiums zeigte die Verbundenheit von SPD und Nazis. Auch hier hatte sich der SPD-Mann der SPD ange-schlossen. Kampfsitzung der Bürgerlichen zu Stadtrats-sitzung. Unter Genosse Meißner rief den Herrschaften die Nazis vom Gehalt Richter (SPD) verurteilt zu werden, was zu retten war. Ein Antrag der SPD, den Erwerbslosen Kohlen, Brot, Kartoffeln zu gewähren, fand einstimmige Annahme. Es ist Aufgabe aller Erwerbslosen, sich hinter diese Forderungen zu stellen und im außerparlamentarischen Kampf für ihre Durchsetzung zu sorgen.

## SPD für bürgerlichen Vorsteher

Ulitz 10 Prozent der Einwohner nehmen an der ersten Gemeindevorstandssitzung teil

Niederfriesdorf. Am 17. Januar fand die erste Gemeindevorstandssitzung statt. Der Raum erwies sich als zu klein. Einige vor Beginn war er überfüllt. Die Einwohnerzahl hatte großes Interesse an dem Verhalten ihrer Vertreter. Gen. Helms leitete den Antrag auf Vertagung der Sitzung nach dem 20. Februar wurde von der rechten Reichsfraktion abgelehnt. Von dieser Reichsfraktion und vertrieben Reichsämtern wurde auch das Präsidium befreit. Wünsche (SPD) wollte lieber einen vertriebenen Reichsamt als Vorsteher und enthielt sich der Stimme.

# Betrugsmanöver der SPD in Hirschfelde

(Arbeiterkorrespondenz 1213)

Alle Gemeinden im Bezirk erhielten von der NSD, jedoch auf Antrag des Bezirksverbandes, damit derselbe von sich aus keine abenden braucht, eine Anzahl Renten Briefe für die Verteilung an Wahlberechtigten. Die Briefe wurden auch in allen Gemeinden gleichmäßig zur Verteilung gebracht. Eine Ausnahme hierin machte nur unsere Gemeinde, weil Bürgermeister Nagel (SPD) „politisch neutral“ sein will. Dieser Herr hatte im Verein mit dem Sozialdemokraten Wähle die Kohlen und zwar 500 Zentner, an den lohnlosen Winter-nachhilfeauschuss zur Verteilung abgeben. Natürlich mit der Absicht, die unglücklichen Elemente, die kommunalverpflichtet sind, von der Verteilung auszuschließen.

Als ein Genosse bei Herrn Ebn in der Wirtshauskneipe vor-fällig wurde, wurde dieser die Sachverhalte und was schnell be-richtet 30 Zentner vertriebene Kohlen nach Hirschfelde zu geben.

Bei der Wahlversammlung schloß Herr Ebn, Vorsitzender des Winter-nachhilfeauschusses, den Bürgermeister Nagel als ersten Vorsteher vor, weil er „politisch neutral“ sei.

Unsere Fraktion schlug den Genossen Rau vor, der mit 9 gegen 5 Stimmen für Nagel gewählt wurde. Unter Genosse er-führte, daß er die Wahl annimmt und die Geschäfte im Inter-esse der Reichsämtern führen werde.

Dahmann (SPD) glaubt nun, sein Betrugsmanöver den 200 Zentnern zum Behalten zu müssen. Durch die Schluß der Kommunisten (weil mir keine Einkommensbindung mit der SPD eingegangen) sind, ist das Verhältnis der Reichsämtern im Gemeindeparslament auf 9:5 gefallen. Um zu dokumentieren, daß die SPD Arbeiter-nachhilfe treibe und die Einkommens-nachhilfe abhalten, stimmte sie für den Vorstoß der Kommunisten.

Gen. Rau zeigte in seiner Erklärung, daß die Ausschütten der Einkommens-nachhilfe ein Teil der linken Reichsämtern der SPD zu betreffen seien, und die SPD weiter die Aktion in der Ar-beiterschaft angekündigt, als sei durch das Parlament für die Ar-beiter etwas zu erreichen. Unter Genosse wies auf die Tatsache ein-stimmig im Parlament gelesenen Beschlüsse, daß die Reichsämtern und andere Sachen hin, die im Verein mit Bürgermeister und Amtshauptmannschaft nicht durchgeführt wurden.

Nur durch außerparlamentarischen Kampf können die Be-dürfnisse und Forderungen der Erwerbslosen erfüllt werden.

## Vertraut nur der eigenen Kraft

Im Gemeindeparlament Dittelsdorf wählte die SPD zum ersten Vorsteher einen Bürgerlichen. Die Anträge der Erwerbs-loren, Bewehrung der Jungsoldaten durch die Gemeinde, sowie die der Reichsämtern mit dem Hinweis ab, daß kein Geld vorhanden sei. Er will sich aber (wie freundlich) die SPD im Bestraufschuß dafür einleiten. Das hat wieder solche Ver-forderungen, wie sie die Erwerbslosen schon seit Jahren einbrin-gen. Wollen die Hungernden Erlösung aus ihrem Elend, dann müssen sie sich einrichten in die außerparlamentarische Kampf-kraft gegen Hunger und Armut!

## Kampferfolg der Erwerbslosen

Oberfriesdorf (NR 1221). Nach längerem Kampfe ist es ge-lungen, die Stempelsteuer im Ort für die Erwerbslosen zu er-zwingen. In einer planlosen Demonstration zeigten die Er-werbslosen am Orte ihre Kampfbereitschaft für ihre Forderungen. Wir fordern Kohlen, Kartoffeln und Brot, Obst und Getreide und Heu! So schloß es im Sprecher durch den Ort. Eine wichtige Mahnung für alle Erwerbslosen, daß in die Kampfkraft des revolutionären Proletariats einzutreten.

## Klare Fronten in den Gemeinden

Wella (NR 1230). Schon die erste Sitzung des Gemeindevorstandes zeigte den Rats besitzeln. Die SPD und die Bür-

germeisterrat wurden nur von der KPD gestellt, denn für uns leben in erster Linie die Interessen der Arbeiter im Vordergrund. Die Anträge wurden vom Vorsteher Lorenz als nicht zulässig und unüberführbar abgelehnt. Lautlos und ge-drückt waren auch die anderen Fraktionen, welche kein Wort dazu zu sagen hatten, außer Herrn Rindermann, welcher offen dagegen Stellung nahm und für die Erhaltung des kapitalistischen Systems eintrat.

Unter großem Beifall schloß Herr Lorenz, um einer pro-faristischen Erhebung mit der Reichsämtern aus dem Wege zu gehen, vorzeitig die Sitzung.

Die Arbeiter müssen daraus die Schlüsse ziehen und sich ein-reichen in die Kampfkraft gegen Hunger und Faschismus unter Führung der KPD.

## Stadtparlament Kamenz unter Polizeibewachung

(NR 1185). Zu der ersten Sitzung hatte sich der Bürger-meister bemüht gefällig, harte Polizeikräfte im Rathaus zu postieren. Wie sich die Polizei der SPD gehalten, zeigt die Tat-sache, daß der einzige Vertreter dieser Partei mit der SPD eine Fraktionsgemeinschaft eingegangen ist. Damit wird bestätigt, was wir von diesem Genossen immer behauptet haben. Die ist der Jüdischer Sozialfaschismus. Zum Vorsteher wurde mit Hilfe der Nazis und der SPD der bürgerliche Justizrat Beigt gewählt.

Die KPD gab eine geharnischte Erklärung ab, in der sie ihre politische Haltung festlegte. Die Aufgabe der Arbeiter wird es sein, der Einheitsfront, wie sie Nazis und SPD aufbauen die Einheitsfront des Proletariats entgegenzusetzen.

## Einheitsliste von SPD bis Nazis

Gröden-Weißbach (NR 1201). Hier stimmte die SPD in jedem Falle gegen die kommunalistischen und für die bürgerlichen Vertreter ins Präsidium. Bei der Besetzung der Ausschüsse zeigte sie sogar eine gemeinsame Liste mit den Bürgerlichen ein. Ein Antrag gegen das Todesurteil an Vortz wurde mit Mehr-heit angenommen. Dem Waisegeheim der Bürgerlichen antwortete der Vertreter der KPD. Auf Anträge der KPD, gestellt im In-teresse der Erwerbslosen, antwortete die Amtshauptmannschaft, daß Geld nicht vorhanden sei. Diese Antwort kennen die Pro-leten! Sie kommt immer dann, wenn es sich um die Interessen der Armen handelt. Die Forderung der Arbeiter muß sein: Offener Speicher und halbes Brot mit dem Überflut!

## Die Erwerbslosen in roter Front

Oberfriesdorf (NR 1215). Hier fand eine vom Erwerbs-lorenauschuss für Ober- und Niederfriesdorf einberufene öffentliche Versammlung statt. Gen. Rau zeigte in einem Referat den Erwerbslosen, daß nur der gemeinsame Kampf aller Arbeiter in roter Klassenfront den Ausweg aus Not und Elend bringen kann.

Derlichen wählten sich wechselseitig ins Präsidium. Darob berührte bei den SPD-Vertretern große Empörung. Die Kom-munistische Fraktion hatte zwei Anträge eingebracht. Im ersten wurde gefordert: Bekämpfung von Wirtshaus zur Verhinderung von Kollisionsarbeiten in Zerfährungen. Im zweiten wurde gefordert: Erhöhung von 50 Mt. monatliche Rente für das an den Arbeits-lohn vertriebene Geld, und Überweisung dieses Betrages an die Erwerbslosen. In sämtlichen Ausschüssen wurden Kommunisten gewählt. Der erste Antrag fand einstimmige Annahme, während der zweite Antrag gegen die Stimmen der KPD abgelehnt wurde.

## Die Textilproleten erwachen

Oberfriesdorf (NR 1223). Am liebsten leben die von den Textilbaronen ausgebeuteten Oberlausitzer Textilproleten. Auch bei uns gibt es solche Betriebe. Immer häufiger wird der Rufe der bedrückten Klasse auf Lohn- und Unterhaltungsgehalt. Bei uns am Ort zeigen die Textilarbeiter, die von Wirtshaus die Wände gemalt wurden, daß sie die Textilproleten ihre Lage kennst und zum Kampf in roter Klassenfront bereit sind.

## Faschismus in Tücheln

(NR 1235). Auch bei uns am Ort führt der SPD-Bürger-meister Vorarbeit die Faschisierung der Gemeindeparslament durch. So hat er Wohlhabenden die ihnen zustehende Unterhaltung von 3 Wart auf 2 Wart gekürzt. Auf Beschwerden von Gemeindeparslamentarier, erklärte er, es sei nicht ange-brochen, 3 Wart zu bezahlen. Wir würden ihn empfehlen, daß die 2 Wart auf einem Gehalt abziehen zu lassen. Eine besondere Sache leitete die Bürgermeister damit, daß er den Gehalt der Arbeiter nicht erhöhen sollte, den Erwerbslosen keinen Anteil zur Verteilung nicht zur Verfügung zu stellen. Wie werden dafür sorgen, daß die Einkommens-nachhilfe von keinen Schandmaßnahmen Kenntnis erhält und zum Kampf gegen den Faschismus mobilisieren.

# Die Einheitsfront der SPD

Demnitz-Thumitz (NR 1156). Am 12. Januar fand hier die erste Gemeindevorstandssitzung der neuorganisierten Gemeindevorstandes statt. Der Sitzungssaal war überfüllt. Gen. Trabs leitete den Antrag, die Erwerbslosenentwürfe der KPD im ersten Punkt der Tagesordnung zu behandeln. SPD und Bürgerliche lehnten dies ab. Zur Vorberberatung gab unter Genosse eine Er-klärung ab, in welcher betont wurde, daß die KPD in seine Kompromisspolitik mit der SPD eingeht und diese als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie betrachtet werden muß.

Das demnachrichtliche ist schon im zweiten Tagesordnungspunkt. Die absolute SPD-Mehrheit konnte geschlossen für den bürgerlichen 1. Gemeindevorsteher, Betriebsdirektor Deder, anher-dem für sämtliche bürgerliche Ausschussmitglieder, gegen die Stimme der KPD.

Die Nazis erließen eine Liste. Zur Wahl des Finanzaus-schusses trat der bürgerliche Verordnete Wenz keinen Vorschlag zugunsten des sozialdemokratischen Kells ab. Bei der Abstimmung stimmten die Nazis dagegen, normal die Bürgerlichen ihren Vorschlag zurückzugeben. Das Zusammenstoß zwischen Bürgerlichen und Nazis ist kennzeichnend. Die Haltung der Nazis war eine gerade-umgekehrte. Sie enthielten sich während der Wahl den meisten Stimmen, während unter Gen. Trabs sich in der Vorber-berung in den Ausschüssen selbst verhielt und gegen die Bür-gerlichen, SPD und Nazis stimmte.

Die Anträge der KPD auf Winterhilfe für Erwerbs-lose und Hilfsbedürftige wurden bis auf einen Punkt, Brotpreisverbilligung, von SPD, Bürgerlichen und Nazis abgelehnt.

Dabei wandte die SPD alle soziale Demagogie an, um den erwerbenden SPD-Arbeitern ihre Unschuld zu beweisen, wie es

## Nur die Kommunisten zeigen den Ausweg

(Arbeiterkorrespondenz 1207)

Wittenberg. Am Sonntag hatte die Heilige „Eiserne Front“ zu einer öffentlichen Versammlung in der Gemeindevorstandssitzung aufgerufen. Und weil die Heilige „Eiserne Front“ oder besser gesagt die SPD sich schon jahrelang nicht mehr an die Verant-wortung wagen konnte, deshalb wurde aus dem ganzen Völkchen Beifall und darüber hinaus das Reichsbanner zusammengetragen, um mit Tausenden und Tausenden die Versammlung zu füllen. Der Referent Ebel kann wohl doch noch zu Massen sprechen? Die Massen leisteten jedoch dem Aufruf keine Gefolgschaft.

In der Diskussion sprach unter Genosse Schneider sowie Genosse Kothke von der roten Hilfe. Genosse Schneider zeigte in kurzen prägnanten Sätzen die Stellungnahme der Kommu-nisten zu der Frage der Amnestie und der Aufhebung der Kom-munisten des Reichsleiters Henrich. Der Aufhebung der Kom-munisten hätten wohl die Parteien mit Ausnahme der Kommu-nisten im Landtag zugestimmt, wo bleibt aber die Durch-führung der Verhaftung und Aburteilung?

## KPD für die Erwerbslosen

Wittenberg-Kühlig (NR 1183). Das Präsidium wurde hier in der ersten Gemeindevorstandssitzung von SPD und Bürger-lichen gemeinsam befreit. Vorsteher wurde der SPD-Bürger-meister. Bei den Anträgen der Erwerbslosen verweigerte Reichs-ämtern die Erfüllung der Gemeindevorstandes und Ablehnung dieses Antrages bis zur Prüfung. Unter Gen. Wirtshaus stand die Ver-haltung dieser Arbeiterklasse. Gegen den Antrag der KPD, sofort abzukommen, wogte unter dem Druck der anwen-denden Erwerbslosen kein einziger dieser Arbeiterklasse aufzutreten. Der Antrag selbst wurde einstimmig angenommen. Auch diese Sitzung dürfte unseren Vertretungen gezeigt haben, daß nur die kommunistische Partei ihre Interessen vertritt.

## SPD, Bürgerliche und Nazis gemeinsam für Jugendkameradschaften!

(Arbeiterkorrespondenz 1239)

Niederfriesdorf. Schneider hat sich auf ein neues Manöver gelegt. Er leitet, daß die Jugend sich immer mehr einreißt in die revolutionäre Front. Man will den jugendlichen Erwerbs-loren bis zu 25 Jahren eine warme Suppe geben, aber gleich-zeitig sollen sie sich verpflichten, täglich 4 Stunden, davon 2 Stun-den Sport, 2 Stunden Unterricht mitzumachen. In ihrem Beruf will man sie weiterbilden! In dies nicht etwas Wunderliches? Kein Wort, wie schaffen wir der Jugend eine Zukunft, daß sie sich einmal ein eigenes Heim gründen können. Das kann die kapitalistische Gesellschaft nicht, das ist nur im Sozialismus möglich. Nur in Sozialismus hat die Jugend besonders Rechte, erzbaut Arbeit und eine weite Zukunft. Weil die Jugend diese freien Widerstände immer mehr erkennt, deshalb muß die Bourgeoisie die Jugend abhalten vom Kampf, deshalb diese Kameradschaften. Inbegriff will man sie militarisieren, sie zwingen im schuldigen Sinne und die SPD leitet auch hierbei die trauen Dienste. Führer, welche sich im freiwilligen Arbeits-dienst als Antreiber bemüht haben, streibt die Verantwortung vor, sollen bevorzugt werden als Leber. Wir Kommunisten sind der Meinung, nicht Suppen, was ihr weder satt noch froh macht, und dazu 4 Stunden Drill, wird euch Jugendliebe aus Rot und Elend befreien, sondern Kampf gegen das kapitalistische System laßt ihren Helfershelfern ist das Gebot der Stunde. Deshalb hinein in den kommunistischen Jugendverband und Schulten an Schulter mit euren älteren Klassenkassen gefolgt.

## Deutschnationale Dehe gegen Proleten

(Arbeiterkorrespondenz 1209)

Tentlow. Unter welchen Umständen die Landarbeiter-schaft zu leben hat, dafür ein helles Beispiel. In unserem kleinen Ort war die Wahlleiter für die KPD im Wahljahr 1932 so langsam von 20 auf 40 Stimmen bei der Kommunalwahl ge-langet und das trotzdem die Gutserhaltung unter der Land-arbeiter-schaft kein Mittel gelehrt hatte für die Deutschnatio-nalen Stimmung zu machen. Das Hauptziel seines Handelns hat den Gutserhalter o. Schönlitz ganz aus dem Dörfchen gebracht und so versucht er es mit anderen Mitteln. Ein solches ist, daß er seinen ihm treu ergebenen Angehörigen und Ar-beitern, meist Stahlhelmer, sagt, der der ist auch so ein Kommunist, der eine Waise in seiner, aber keine Frau würde ihm verdienen usw. Dies macht nicht die richtige Wirkung ge-bracht haben, denn er geht jetzt sogar so weit, daß er seinen Leuten, Rebe oben, verbietet, daß sie mit dem und jenem sprechen. Mit solchen Methoden will man die Landarbeiter-schaft fette machen, durch gegenseitige Bekämpfung die sich allmählich anbahnende Einheitsfront unterbinden.

Landarbeiter, neuer Lohnraub, noch härtere Unterdrückung droht! Deht es ab euch weiterhin im Interesse der Arbeiter-schaften mitzubringen zu lassen, gegen eine geschlossene Front sind diese Herren machtlos. Darum in roter Einheitsfront Kampf gegen jeden Lohnraub, jede Arbeiter-schlechterung, verzagt nicht, es gibt nur eine Partei, die euch rechtlos in euren Kampf unterstü-tzt die KPD!

ist sein Geld da“ über die Gasse (und uns auch im Weg, aber wir müssen sie durchführen) und dann: „Kommt der Reichsso-zialist und können nichts machen“. Ja, diese Genossen sollen die Arbeiter abhalten, den außerparlamentarischen Kampf gegen Hunger und Not durchzuführen. Unter Antrag auf Bewehrung der Jungsoldaten durch die Gemeinde, sowie die der Reichsämtern mit dem Hinweis ab, daß kein Geld vorhanden sei. Er will sich aber (wie freundlich) die SPD im Bestraufschuß dafür einleiten. Das hat wieder solche Ver-forderungen, wie sie die Erwerbslosen schon seit Jahren einbrin-gen. Wollen die Hungernden Erlösung aus ihrem Elend, dann müssen sie sich einrichten in die außerparlamentarische Kampf-kraft gegen Hunger und Armut!

## Schluß mit dem SPD-Berrat

Oberfriesdorf. Hier zeigte sich die Ausschusspolitik der SPD schon in der ersten Sitzung. Ein Antrag unseres Genossen auf Gewährung von 5 Zentnern Kohle für jeden Hilfsbedürftigen wurde in den Wohlfahrtsausschuss verlegt. Die SPD hatte nicht ein Wort für diesen Antrag übrig, Arbeiter, gebt diesen Klassen-vertretern die einzige richtige Antwort: Sticht die rote Klassen-front!

In jedes Haus Schokoladen von Clauß  
SCHOKOLADEN-FABRIK Bruno Clauß  
Verkaufsstellen in allen Stadt-tellen Dresdens, außerdem in Chemnitz - Freiberg - Meiße Dippoldiswalde und Oederan



# Ein Raubzug ostelbischer Junker

Luxusauto-Rivierareisen und Rennpferde aus den Osthilfe-Millionen — Die „Wohlfahrtsunterstützung“ der „feinen Leute!“ — Deutschland also doch ein „Wohlfahrtsstaat“, aber nur für den schwerreichen Großgrundbesitz — Die Braunmord-Banditen ebenfalls aus der Osthilfe „sanitert“ — SPD und Nazis mitverantwortlich für den Osthilfe-Skandal!

## Wie im kapitalistischen Deutschland den Kleinbauern „geholfen“ wird

### Das wahre Gesicht der Ost„hilfe“

Am Körper der todkranken deutschen kapitalistischen Wirtschaft ist wieder einmal eine Eiterbeule aufgedrückt. Es rückt nach Korruption. Unter dem Stichwort der „Osthilfe“ werden seit nunmehr zwei Jahren Millionen dem reichen adligen Ausbeuterpaß in den Rücken geworfen. Unter Hermann Müller begann es, unter Brüning und Papen wurde es fortgesetzt, Schleicher hörte nicht etwa auf damit, sondern förderte die Subventionenwirtschaft an den Großgrundbesitz, bis eben die Weale plagte.

Der uns zur Verfügung stehende knappe Raum zwingt zur äußersten Konzentration und so müssen wir uns beschränken auf eine Wiedergabe der in den letzten Tagen über den Osthilfe-Skandal bekanntgewordenen Tatsachen, um so dem kleinen Zweig- und Mittelbauern ins Gehirn zu hämmern,

wo die Millionen, die er und sein Leidensgenosse in der Stadt, der Industriearbeiter, an Steuergroschen aufbrachten, hingeflossen sind.

Allein die Kommunisten haben bereits seit 1931, wo die Ost„hilfe“-aktion begann, Zweck und eigentlichen Charakter dieser Aktion aufgezeigt und gebrandmarkt als einen unerhörten Beutzug ostelbischer Junker und Großbauern auf die Taschen der werktätigen Massen.

Wenn SPD und Zentrum leht, tiefend von Entrüstung, über „Korruption“ schreiben, so sind diese Korruptionsfälle die Folgen ihrer Politik.

Ebenso demagogisch ist die Rolle der Nazis, die heute, nachdem sie mit dem Deutschnationalen und dem Reichslandbund in einer Front neue Subventionen und Wuchersüsse für die stets hungrieren Großgrundbesitzer fordern, sein übertrieblich schweigen, zumal sich mehr und mehr herausstellt, daß nicht nur ihre unmittelbaren Parteifreunde unter den Großgrundbesitzern von der Osthilfe profitierten, sondern

die NSDAP als Partei aus den Osthilfegeldern auf dem Umweg über befreundete Großgrundbesitzer große Summen erhalten

hat. Der „Arbeitskampf“ vom Mittwoch, dem 25. Januar, demonstriert zwar sehr entrüstet, was aber die Tatsache nicht aus der Welt schafft, daß in der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages am 24. Januar die Behauptung von keinem der anwesenden Nationalreiter widerlegt wurde.

Das Wichtigste an dem ganzen Osthilfe-Skandal aber ist, daß es sich nicht um Gaunereien einzelner Personen handelt, die mit befohlenem Raffinement es verstanden, die Gelder der Osthilfe in ihre Taschen zu leiten, sondern daß schon die behördenmäßig geschaffene Grundlage, festzulegen der Verteilungsschlüssel, nach dem die offizielle Verteilung der Osthilfegelder vor sich ging, ein einziger großer Skandal ist. Das bewillt sogar die amtliche Statistik der Reichsregierung über die Verteilung der Osthilfegelder im vierten Quartal 1932:

Danach haben erhalten:

|  |              |
|--|--------------|
| a) Landstelle Königsberg:  |              |
| Von 31 445 Kleinbauern mit weniger als 5 Hektar Land: 95 Betriebe zusammen . . . . . | 255 200 Mark |
| Von 3440 Großbetrieben über 100 Hektar: 112 Betriebe zusammen . . . . .              | 7 300 000 „  |
| b) Landstelle Stettin:   |              |
| Von 18 733 Kleinbetrieben: 7 Betriebe zusammen . . . . .                             | 19 900 „     |
| Von 2444 Großbetrieben: 29 Betriebe zusammen . . . . .                               | 3 400 000 „  |
| c) Landstelle Rostock:   |              |
| Von 9065 Kleinbetrieben: 0 Betriebe zus. . . . .                                     | —            |
| Von 1276 Großbetrieben: 12 Betriebe zus. . . . .                                     | 1 700 000 „  |

Und es ist wahrhaftig kein Zufall, wenn gerade aus diesen drei angeführten Landstellen, — es decken derzeit im Rahmen der Osthilfeaktion 8, — die meisten Beschwerden über die Verteilung der Osthilfegelder kommen.

Vetter der Landstelle Stettin, die nur sieben Kleinbauernbetriebe „sanitert“ mit der geradezu „märchenhaft“ klingenden Summe von 19 900 M., für 29 Großbetriebe aber 3 400 000 M. übrig hatte, ist ein Freiherr von Wolf, Landrat im hinterpommerschen Kreis Hinterpommern.

Dieser Freiherr von Wolf ist der Schwager des im Zusammenhang mit dem Osthilfe-Skandal vielgenannten Freiherrn von Kassel-Döberitz, der ein besonderer Nutznießer der Ost„hilfe“ war.

Vetter der Landstelle Rostock ist ein ebenso „feiner“ Mann, nämlich der Oberstleutnant a. D. von Beonst, ein ehemaliger Generaladjutant, der seit vielen Jahren auf dem Gut seines feilischen Bruders, in Marienhol bei Krasow wohnt. Dieser ehemalige militärische Oberleutnant verstand es noch besser als sein Kollege im Stettiner Kreis, die Klein- und Mittelbauern von der Osthilfe fernzubehalten, bei ihm bekamen von 9065 kleindarstellenden Betrieben kein einziger etwas, von 1276 Großbetrieben aber erhielten 12 Betriebe 1 700 000 M.

Interessant ist es, in diesem Zusammenhang zu erfahren, daß es gegen die Verteilungsbestimmungen dieser Landstellen keine Einspruchsmöglichkeit gab. Die Herren adligen Raudritter von und zu waren laueren. Der Staat, die deutsche Republik, hatte ihnen unerschützte Nachmittel in die Hand gegeben.

Da konnten sie ungehindert wüsten in den Geldern der Steuerzahler, die Kleindarstelligen in Ökonomie, in Schicksen und überall, ihr Raudritterhandwerk war ja sanktioniert durch den Staat.

### Osthilfedienststellen, ein Eldorado abgetakelter monarchistischer Offiziere

Demit man aber vor Hebertzählungen gewahrt war, besetzte man auch den Osthilfepaß nach unten hin mit leineregleichen. Bei den Landstellen waren Kontroll- und Ueberwachungsstellen eingerichtet, die nach den Entschuldigungsrichtlinien vom 15. März 1932 einmal die Voraussetzungen zur Sanierung und später die Durchführung derselben prüfen und überwachen sollten. Das waren die sogenannten Treuhänder.

Diese Treuhänder der Osthilfe, also die Ueber-

wachungsorgane zur richtigen Verwendung der Osthilfegelder, waren meist ehemalige Offiziere.

Bei diese „Kontrollreue“ keine Unregelmäßigkeiten entdecken, verleiht sich am Rande, waren sie doch Fleisch vom Fleisch der Kaiser, in deren Taschen die Osthilfegelder floßen und eine Kräfte koste befaßlich der anderen die Augen nicht aus.

Wie freilich von diesen Kreisen die Steuergehilfen der Wertstätigen vertrieben wurden und in weissen Hände sie kamen, soll noch an einigen anderen Namen gezeigt werden.

Einer der „Kernten“ dieser „Kernten“ ist der bekannte Großgrundbesitzer Eidenburg-Januschau. Dieser hochnobel Herr, er rühmt sich der persönlichen Freundschaft des derzeitigen Reichspräsidenten, nennt einen Besitz von ca. 15 000 Morgen in Westpreußen-Grenzmark und Brandenburg sein eigen.

Zur „Entschuldung“ dieses Besitzes wurden ihm aus der Osthilfe 400 000 Mark zugesprochen, wovon bereits über 400 000 Mark ausgezahlt sind. Zur selben Zeit, wo der Januschauer die Osthilfe für seinen Grenzmark-Besitz in Anspruch nimmt, kauft er sich in der Mark ein neues Gut.

Das ist Sache. Denkt mal darüber nach, ihr Kleinbauern, wie es bei euch ist. Wenn ihr in Schulden seid bis über die Ohren, angrennen es handelt sich um Steuern die ihr bereits mehrschuldig rückständig bleiben müßtet, was macht man denn da mit euch? Nachstehende Meldung soll es zeigen:

### „Das gepfändete Dorf“

In Oberneffen, einem Dorf im Neckerwald mit 700 Einwohnern, nahm der Gerichtsvollzieher kürzlich an einem Tag 68 Pfändungen vor. Er ging von Wohnung zu Wohnung kein einziges Haus blieb verschont. In jedem brachte er den blauen Randauf an.

Die kleinen Bauern hatten nämlich die Gemeindefiscen nicht mehr zahlen können. Sie waren am Hungertuch.

Dies wurde ein ganzes Dorf gepfändet. Diesen kleinen Bauern wurde das letzte genommen. Sie hatten keine Möglichkeit, mit ergrauterten Landbesitzern neue Besitztümer zu erwerben.

Diese beiden Tatsachen gegenübergestellt, ergeben den ganzen Skandal der sogenannten Osthilfe.

Ein anderer dieser Landbesitzer, bereits mehrfach gepfändet, bekam Osthilfegelder, kaufte sich einen neuen Mercedes und fuhr an die Riviera.

Ein Prinz Ulrich von Schönberg-Waldenburg hat Gesamtschulden in Höhe von 2 300 000 M. Er geht in das Sicherungsversteigerung, wie man das landesgemäß nennt, und postet fröhlich-lächelnd reichlich neue Jagden.

Die Grafen von Kasserling im Kreis Striegau machten in der kurzen Zeit von zwei Jahren 700 000 M. Schulden. Seit drei Jahren führen sie ihre Gläubiger an der Nase herum, ohne daß diese einen Pfennig bekommen. Zwangsversteigerungen werden verschoben. Durch wen? Durch die Ost„hilfe“? Inzwischen verstorben die Grafen ihr Vermögen in die Schweiz.

## Das ist das sowjetrussische Dorf Hier hilft der Staat den Kleinbauern

Werte Genossinnen!

Wir haben eure traurigen Briefe gelesen und wollen direkt auf eure Fragen antworten.

Zum Herbst haben wir viel zu tun, denn alles, was auf dem Felde ist, muß in die Scheune. Es ist ja zur Besserung unseres Landes. Wir arbeiten für ein neues sozialistisches Heim. Da muß jeder fleißig mitarbeiten. Wir wollen ja, daß es für uns selbst ist und nicht für den Gutbesitzer, der früher mit der Weidche hinter uns stand. Von diesen Gutbesitzern sind wir seit 15 Jahren befreit. Unsere heranwachsende Generation weiß schon nichts mehr von dem Joch, welches ihre Eltern auftragen haben. So wird dieses Jahr ein großes 15jähriges Jubiläum sein.

Liebe Genossinnen! Es ist für uns eine große Freude, wenn wir mit euch in brieflichen Besuche treten können, wir werden euch regelmäßig Antwort schreiben. Aus euren Briefen sehen wir,

### Kleinbauern, seht euch diese Zahlen an!

Gemäß einer Forderung des Haushaltsausschusses des Reichstages sollte der Reichs-Verwaltungsausschuss von Braun am Dienstag Bericht über die Osthilfe erstatten. Braun machte in der Tat Angaben, aber nicht etwa gefordert für die Klein- sowie die mittel-darstellenden Betriebe und auf der anderen Seite für die groß-darstellenden und Junkerwirtschaften, sondern er „berichtete“ über Zuwendungen bei Betrieben „bis 100 Hektar“, von 100 bis 500 Hektar und über 500 Hektar. Aus einer solchen Zusammenstellung ergibt sich nicht, was die Kleinbauern bekommen haben, die nur über wenige Hektar verfügen.

Aus den Mitteilungen Brauns ging hervor, daß bis 31. Dezember 1932 im Osthilfegebiet entschuldet wurden (die Prozentzahlen beziehen sich auf die entschuldeten Betriebe):

Bei Betrieben:

|             |  |
|-------------|--|
| bis 100 ha  | 11 748 Betriebe mit 227 790 ha (= 94,2% d. Grundfl.) |
| 100-500 ha  | 531 Betriebe mit 128 580 ha (= 22,5% d. Grundfl.)    |
| über 500 ha | 191 Betriebe mit 215 039 ha (= 37,6% d. Grundfl.)    |

Ein Entschuldungsbetrag wurden bewilligt:

Bei Betrieben:

|             |  |
|-------------|--|
| bis 100 ha  | 11 748 Betr. 60% RIRL. M. = 33,6% d. Gesamtsumme |
| 100-500 ha  | 531 Betr. 28 RIRL. M. = 21,5% d. Gesamtsumme     |
| über 500 ha | 191 Betr. 32% RIRL. M. = 24,9% d. Gesamtsumme    |

Selbst aus diesen reichlich unfairen Darstellungen des Reichs-Verwaltungsausschusses geht hervor, was die Millionen schuldte, Junker und Großbauern bekamen die größten Pappen, die Kleinbauern hatten das Nachsehen.

Früher war die Wirtschaftskrise imstande, durch ihren Mechanismus die Voraussetzungen für ihre eigene Ueberwindung zu schaffen. Warum nicht heute auch? Darum, weil das Monopolkapital eine übermächtige Machtstellung bekommen hat und seine Positionen in bedeutendem Grad auf Kosten der Interessen der Gesamtkonomeik des Landes behaupten kann, indem es sich auf den ganzen Apparat des Staates stützt.

Das bedeutet keine Entwicklung zum Staatskapitalismus —, keine Entwicklung zur Staatskontrolle über das Privatmonopol, sondern im Gegenteil die Entwicklung zur Kontrolle des Privatmonopols über den Staat. Der ganze Staat wird zur Rettung ihrer Profite engagiert. Dadurch gelangtes, sie vordem Bankrott zu retten, nicht alle, aber die mächtigsten. (Gen. Kusinen auf dem 12. Ekki-Plenum.)

### Die ausgerissenen Hohenzollern erhalten ebenfalls Osthilfe

Um das Maß vollzumachen, wurde in der neuesten Sitzung des Haushaltsausschusses im Reichstag festgestellt,

daß zwei Verwandte des Exkaisers, und zwar „Prinzessin“ Margarete und „Prinz“ Hans Georg, ein „Entschuldungsverfahren“ für ihren riesigen Grundbesitz durch Gelder der Osthilfe beantragt haben.

Das ist aber noch nicht alles. Der Hohenzoller in Doorn bei sich neben dem ungeheuren Einkommen, das er von der deutschen Republik bezieht, auch noch in den Geldern der Osthilfe die Höhe gemessen.

Ebenfalls im Haushaltsauschuss wurde bestätigt, daß

Hermine, die zweite Frau des Exkaisers, wenn auch nicht direkt, aber doch auf dem Wege über Verwandte, die Osthilfe ausgeplündert hat.

So sind Millionen über Millionen aus den Steuern der hungrieren Massen in die Taschen der Großgrundbesitzer gewandert. Zum Zweck der Subventionierung der prassenden Junker wurden die Rentenbesitzer der Kriegs- und Arbeitsopfer geküht, Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung gesenkt, Bürgersteuersätze aber allenthalben erhöht. Zugunsten der ostelbischen Raubritter mußte das hungernde Volk der Wertstätigen in Stadt und Land von Monat zu Monat den Hungerlöhnen enger schnallen. Auf Kosten des notleidenden Volkes bereicherte sich eine Handvoll Schmarotzer.

Jetzt aber Schluß mit dieser Gesellschaft und ihren Trabanten. Schließt enger das Bündnis zwischen Stadt und Land, zwischen Bauer und Arbeiter. Reißt hoch die rote Sensefahne mit Hammer und Sichel. Keine Macht der Erde ist imstande, den Kampf- und Machtwillen der Ausgebeuteten in Stadt und Land zu brechen, wenn sie im Zeichen von Sichel und Hammer kämpfen. Kämpft für Brot und Freiheit. Vorwärts für eine Arbeiter- und Bauernregierung, für den Sozialismus!

daß ihr ein schweres Leben führt und daß ihr noch für eure Ausbeuter arbeitet, die euch für eure Arbeit noch nicht mal genug zu essen geben.

Bei uns geht das anders, obwohl wir jetzt zur Zeit der Ernte fast 10 Stunden arbeiten. Aber diese Arbeit macht uns Vergnügen und kommt uns nicht schwer vor, denn wir uns nicht die Zukunft, so wie nicht mehr 10 Stunden mit unserer Hände Arbeit schaffen brauchen, wo neue und moderne Maschinen daselbst in vier Stunden schaffen. Wir bauen Maschinen, aber so schnell können die Fabriken gar nicht arbeiten, so viele werden bestellt, denn immer mehr Kollektivien schließen sich an.

Jetzt wollen wir auf eure Fragen eingehen. In der Zeit, wo unsere Frauen arbeiten, bringen sie ihre Kinder in die Kinderkrippe, wo sie unter Aufsicht einer Erzieherin sauber gefüttert und gewaschen und unter ärztlicher Kontrolle jeden Tag unterrichtet werden. Kranke Kinder kommen in ein Krankenhaus. Die Frauen, die neben ihrer Arbeit noch lernen wollen, lassen ihre Kinder auch nachts in der Krippe, jedes hat sein eigenes leuchtendes Bett, jedes genug zu essen.

In unserem Dorf haben wir ein Krankenhaus und ein Spielhaus. Wir brauchen nach der Arbeit nicht mehr Hundstange zu Hause am Feuer zu sitzen und zu kochen. Unsere Frauen haben die Möglichkeit, in Kursen und Schulen sich zu qualifizieren für die Landwirtschaft, für die Viehwirtschaft usw. Sie können ein Technikum besuchen, wissenschaftliche Arbeit machen. Wir haben auch eine Bibliothek und ein Lesezimmer, wo wir uns Bücher holen können, dort ist auch eine Frau, die uns auf unsere Fragen sofort Antwort gibt. Das Analphabetentum wird bekämpft, jeder unter 70 Jahren muß lernen zu lesen und zu schreiben. Unsere Frauen sind auch gleichberechtigt und werden bei der Wahl auch als Bewerberin gewählt.

Alle Fragen, die die Kollektivwirtschaft betreffen, werden in der Versammlung erörtert. Dort wird auch abgemittelt über die zu leistende Arbeit. Jeder ist für sich selbst verantwortlich und hat bei der Verteilung der Arbeit zu entscheiden. Wir haben auch ein Wettbewerb abgeschlossen mit einer anderen Kollektivwirtschaft mit gegenseitigen Verpflichtungen.

Im nächsten Jahre werden wir noch nicht von unseren Väter berichten, heute wird noch der Brief zu lesen. Wir haben all das, was wir euch schreiben, durch die Osthilfe-Einsparungen erworben und wir werden es mit unseren Händen verdienen. Wir werden alle Schwierigkeiten überwinden! Schreibt uns auch mehr von euren Väter, wir wollen mit euch zusammen den Sozialismus verwirklichen. Wir fordern euch auf, für diesen Sieg des Sozialismus zu kämpfen!

Kollektivwirtschaft „Roter Postillon“  
Büro: Unteroffizierin.

Tageszeitung  
Verbreitung  
9. Jahrgang  
Ei  
gegen  
Mehr als 500  
Terror und V  
Gestern bean  
merkte Blum  
Ereignisse durchs  
Mittwoch in einer  
richtete, mit einer  
im vollkomme  
Das weiße Ru  
koppel nicht bejeht.  
Ter tiefige Ru  
grüßte, sondern ja  
die Bühne waren t  
bejahren regelrech  
Ueber 5000 W  
Sage zusammenge  
gegen die feilblütli  
zu erheben.  
Ueber 5000 W  
ganzen Kraft, um  
Blutopfer des unse  
ren Betriebsfront  
kann.  
Die Rundgebü  
entstehenden Upp  
ber morgen nach  
unserer Zusammen  
Sie gestallte  
Kampfpappell geg  
der faschistis  
protest-Kundgebü  
Waffe des pol  
worten gelobten.  
So hand die g  
hen der gestiearte  
Wenn die Sch  
Festell der Dredn  
Dementiationsverb  
ben sie über Dredn  
die Bourgeoisie geb  
halten ausgerichte  
erschlageneheit in die  
die Dredner Hebel  
tand, daß sie wa  
beun je haben.  
Hatten die anti  
hergangenen Tage  
trische, trotz Verbot  
sich und ihrer Empö  
schen Rote in d  
sicheren Kampfgelöbn  
H  
Beer  
Die  
Frie  
du  
Stra  
Aus den